

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 9.

Sonnabend, den 11. Januar 1919.

26. Jahrg.

Aufruf der Regierung.

W.B. Berlin, 10. Januar. Die Regierung erläßt folgenden Aufruf:

Genossen!

Die Spartakusleute haben sich den Kopf eingerannt an der Mauer der sozialen Arbeiterpartei Berlins. Wie ein Mann hat diese sich gegen die Wenigen empört, die ihren „Vorwärts“ geräubt, die Bahnhöfe und Proviantämter besetzt haben und durch Niederwerfung der Ordnung das Chaos herbeiführen, und die seit Sonntag abend in einer durchaus friedlichen Stadt Maschinengewehre und Handgranaten als Mittel des politischen Kampfes eingeführt haben. Niemand dachte daran, an die Waffen gegen die eigenen Brüder zu appellieren, nur sie! Jetzt merken sie, daß sie nicht mehr durchkommen. Der Ruf der Regierung an die wehrfähigen sozialistischen Massen hat viele Tausende in die Werkbureaus der Mehrheitspartei geführt. Die Blätter lügen, welche behaupten, die Regierung rufe „Offiziere, Bauernjungen und die Kriegsheher der bürgerlichen Presse“ zu ihrer Unterstützung. Der Klassenbewußte Arbeiter, der Parteioffiziere tat es, der den Kampf gegen die Vergewaltigung aufgenommen hat, um ein für alle Mal ein Ende zu machen. Spartakus sieht sein blutiges Spiel verloren. Schon hat er nach Moskau telegraphiert, der Kampf müßte bald abgebrochen werden. Die Berliner Arbeiterpartei hat sich nicht zeit für die Diktatur des Proletariats, das heißt, die Berliner Arbeiterpartei weiß Greuel und Bürgerkrieg mit Entzückung von sich! Nun erhebt sich „der Schrei nach Einigung“. Genossen! Die Regierung hat tagelang verhandelt, um diese Einigung zu erzielen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Währenddessen hat Spartakus die Regierung und seine eigenen Freunde, die Unabhängigen, beschimpft und verhöhnt und für sich jegliche Verhandlungen abgelehnt. Nur eine Bedingung hat die Regierung und der Zentralrat als unbedingte Voraussetzung für die Verhandlung gestellt, Wiederherstellung der Pressefreiheit, und dazu haben sich die Räuber der Berliner Zeitungsbetriebe nicht verstehen wollen, zu der Erfüllung dieser einfachsten Forderung jeder Demokratie! Gestern haben Arbeiter der U. S. G. und der Schwarzkopfschen Werte die Forderung für berechtigt anerkannt, daß die, die teils der S. P. D., teils der U. S. P. D., teils der R. P. angehören, für ihre Erfüllung sich einsetzen wollten, um die Einigung zu ermöglichen. Das war gestern abend. Bis heute nachmittag haben sie nichts von sich hören lassen, ob ihre Vermittlungsvorschläge bei den anderen Parteien auf ebenso viel Bereitwilligkeit gestoßen sind, wie bei Regierung und Zentralrat. Genossen! Ist der Schrei nach Einigung überall eck? Dürfen wir, dürft ihr an diese Wirklichkeit glauben? Wie stimmt zu ihm der Aufruf zum Generalstreik, der von den revolutionären Oberleuten, dem Berliner Zentralvorstand der U. S. P. D. und vom Spartakusbund unterzeichnet ist? Können wir glauben, daß sie mit uns sich einigen wollen, die uns in diesem Aufruf „Verräter des Proletariats“, „elende Handlanger der kapitalistischen Blutjäger“, „Verfälscher der Gegenrevolution“ nennen, die schamlos behaupten, „die vom Urteil des Volkes gerichteten Mörder gehen das verruchte Spiel nicht auf“, „sie gehören ins Zuchthaus“, „aus Schafott“, „der Faschismus lehnt nach neuem Blut“, „die ihre Aufrufe „Herans aus den Betrieben!“, „Auf zum Generalstreik!“, „Auf zu den Waffen!“, „Auf die Straße zum letzten Kampf, zum Siege!“ bringen? Ist das die Sprache der Einigung, die Sprache von Leuten, die verhandeln wollen, die zum Frieden kommen möchten? Nein, es ist wieder der Schrei nach dem Bürgerkrieg. Der Spartakusgeist ist es, der nicht vor Mord und Räuberei zurückschreckt, der die Arbeiter wieder zu den blutheftigsten Waffen ruft, der eure Vertrauensmänner mit Gewalt und Schafott bedroht, der auf den Trümmern eures ganzen Landes und Volkes den Sieg erkämpfen will, das heißt die Herrschaft von Totschlägern und Mörderern!

Genossen! Die neue Forderung der falschen Einheitspartei heißt: Weg mit Ebert und Scheidemann! Kennt Ihr das alte verlogene Wort nicht wieder? Haben sie sich nicht wochenlang heiser geschrien, diese eure Genossen, und jetzt kommen sie unter dem Deckmantel der Einigung, den alten Raubwunsch durchzusetzen. Glaubt ihnen nicht, sie wollen erst die erwähnten Führer der Partei absetzen, um mit der Partei dann um so leichter fertig zu werden. Genossen! Wir, eure Genossen in der Regierung, erklären feierlich: Wir sind kein Hindernis für die Einigung. Im Gegenteil, wir, die sechs Wochen den Unabhängigen die Hälfte der Regierung eingeräumt hatten, trotzdem sie ihrer Stärke nach noch auf keine Drittel Anspruch hatten, wir, die mit den Anführern in Berlin verhandelt haben, trotzdem sie mit bewaffneter Hand öffentliche und private Gebäude geraubt hatten, wir stehen zu jeder Verhandlung bereit, die ernstlich geführt, eine Einigung aller sozialdemokratischen Parteien erzielen könnte, eber wir sind auf der Hut, und Ihr seid wachsam wie wir! Denkt immer daran: Bei allen Zeitgenossen, die an der Besetzung der Reichsdruckerei und der anderen Behörden beteiligt waren, ist durch Mitgliedsbuch ihre Zugehörigkeit zur U. S. P. D. nachgewiesen worden, und dennoch haben sich die Unabhängigen als unparteiische Vermittler angeboten. Die Arbeiter der U. S. G. und von Schwarzkopf haben auch im Namen der U. S. P. D. und der R. P. gesprochen, und dennoch haben diese zwei Parteien zum Generalstreik aufgefordert mit den Worten: „Zeigt den Schurken eure Macht! Bewaffnet Euch! Ihr braucht die Waffen gegen eure Todfeinde, Ebert und Scheidemann!“ Ist das Ehr-

lichkeit? Ist das proletarischer Kampf gewesen? Ist da Vertrauen am Platze? Entschidet selbst. Wir wollen die Einigung der Arbeiterklassen. Helft uns das durchsetzen. Nur dann können wir Frieden und Sozialismus schaffen. Denn wir bleiben eure Vertrauensmänner.

Die Reichsregierung.

Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell.



Franz Starobin, Staatsminister, Schwerin-Rostock,
Johannes Stelling, Redakteur, Lübeck,
Hans Krüger, Staatsminister, Neustrelitz,
Wilhelm Kröger, Parteisekretär, Rostock,
Robert Nespital, Redakteur, Rostock,
Fritz Mehrlein, Arbeitersekretär, Lübeck,

müßt Ihr wählen, wenn Ihr wollt, daß die Nationalversammlung für das gesamte Volkswohl arbeiten soll. Nur

Sozialdemokraten

verbürgen die Errungenschaften der Revolution für die Arbeiterklasse.

Für Beendigung des Bürgerkrieges

Erklärung des Unabhängigen Zentralvorstandes.

Die von der von 40000 Arbeitern im Humboldtthain besuchten Versammlung gewählte Kommission aus Anhängern aller Richtungen verhandelte mit dem Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Groß-Berlin. Der Zentralvorstand bezeugte das Vorgehen der Arbeiter und fasste einstimmig folgende Erklärung: Um die Fortsetzung des Bürgerkrieges zu verhindern, ist der Zentralvorstand zu dem Verzicht bereit, eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Er schlägt deshalb vor, einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen. Er erklärt sich vor dem Eintritt in Verhandlungen bereit, den „Vorwärts“ zu räumen, wenn die Verhandlungskommission der U. S. G. und der Schwarzkopfschen Werke vom Zentralrat und der Regierung die Zustimmung erhält, daß die Verhandlungen in sozialistisch-verständlichem Geiste geführt, die Differenzpunkte einer paritätisch zusammengesetzten Kommission überwiegen werden und die endgültige Besetzung des Volkepräsidiums in Einklang mit der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands erfolgt.

Die Stellungnahme des „Vorwärts“.

Zu obigem Vorschlag schreibt der „Vorwärts“: Die Regierung wird jede Möglichkeit begräßen, um Blutvergießen zu vermeiden. Ein Ergebnis der Verhandlungen, die nach Wiederherstellung der Pressefreiheit sofort wieder aufgenommen werden sollen, kann er sich aber nur versprechen, wenn vor allen Dingen die Entwaffnung aller Zivilpersonen gründlich und grundsätzlich durchgeführt wird. Die Aussetzung des Kampfes mit geistigen Waffen müßte natürlich von den beteiligten Parteien über das ganze Reich hin durchgeführt werden. Nur so läßt sich die Wahl zur Nationalversammlung und diese selbst und ihre unbeschränkte Freiheit sicherstellen. Darin sieht die Regierung nach wie vor ihre vornehmste Aufgabe, die sie mit aller Entschlossenheit durchzuführen wird. Jetzt erst stellt sich heraus, der hehrliche Aufruf in dem sozialistischen „Vorwärts“... Generalkomitee und zur Gewaltanwendung nicht nur von der kommunistischen Partei, sondern auch von der Unabhängigen Partei Groß-Berlins ausgegangen ist, die zur gleichen Zeit den Vermittlungsvorschlag gemacht hat. Das ist nun allerdings ein völlig unverständliches, wenn nicht von Grund aus unehrliches Verhalten.

Weitere Kundgebungen.

Gegen die Behauptung der Freiheit, der Zentralrat der Marine fordere den Rücktritt von Scheidemann, Ebert,

Noske, Landsberg und Eichhorn, protestiert der Soldatenrat des Admiralsstabes der Marine in Berlin. Dieser habe viel mehr beschlossener, einen solchen Antrag nicht weiter zu haben. Die Vorkommandos, die sich in den Parteikämpfen für neutral erklärt hat, beschloß eine Resolution, worin sie eine Umbildung oder Neubildung des Kabinetts erwartet und vor allem fordert, daß der Bestand der Verhandlungen nicht verlassen werde. In einem Beschlusse der Arbeiter und Angestellten von Anheim wird die Erwartung ausgesprochen, daß Ebert und Scheidemann, aber auch der Polizeipräsident Eichhorn zurücktreten.

Ein Telegramm Eisners.

Der bairische Ministerpräsident Kurt Eisner sandte folgenden Telegramm an die Reichsregierung in Berlin:

Wir wachsenden Entsetzen verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlins wirkt überallhin verdrückt und erzeugt eine Epidemie des Wahnsinns. Eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Bedingungen des Sozialismus zusammenbringt und ausreißt, ist auf dem Boden der Revolution die Demokratie und den Sozialismus bis zum Siege durchzuführen, scheint die einzige Rettung. Überall im Süddeutschen der Rhein gegen Berlin, während unendlich dunkle Elemente auch hier zum Vordringen streben.

Auch aus anderen süddeutschen Städten sind Kundgebungen an die Reichsregierung gerichtet worden, in denen schleunigste Beilegung der Streitigkeiten in Berlin gefordert wird.

Ueber die gestrigen Kämpfe

wird berichtet: Die Regierungstruppen am Anhalter Bahnhof haben gedroht, daß dort liegende Gebäude der „Rote Fahne“, von wo aus geschossen wurde, unter Feuer zu nehmen. Daraufhin haben die Scher und Drucker die Arbeit niedergelassen. Sozialgedenken kann die „Rote Fahne“ nicht erscheinen. Vom Gebäude des „Vorwärts“ an wurde in der Nacht in die Straße hineingeworfen. Dabei erhielt ein Belleallianceplatz ein junges Mädchen, das aus Fenster getreten war, einen tödlichen Schlag.

Schwer gestiftet hat das Verlagshaus Kollie gestern morgen war die Jerusalemstraße für kurze Zeit der Verkehr freigegeben. Schlichtern kamen die Hausbewohner aus ihren Wohnungen heraus und erledigten in aller Eile die für den Haushalt notwendigen Besorgungen. Das schön Sandsteingebäude hat durch die gestrigen Kämpfe außerordentlich schwer gelitten. Kann eine Fensterreihe in dem ganzen Bau ist heil geblieben. Die Fensterkreuze sind vielfach zerbrochen oder ausgerissen worden, um die Aufstellung von Maschinengewehren zu ermöglichen. Bei der Abreise der Drucker war seit 5³⁰ Uhr eine ununterbrochene Beschleppung mit Artillerie im Gange. Ununterbrochen bröhet der Schießdonner durch die Friedrichstadt. Das Zeitungsviertel liegt in tiefer Dunkelheit. Um vom Hotel Greiffier ein überraschendes Feuer auf die Regierungstruppen am Anhalter Bahnhof zu eröffnen, schickten sich heute Spartakusgruppen über die Dächer.

Der Schleißische Bahnhof wird noch immer von den Spartakusleuten besetzt gehalten. Der Zugverkehr der Stadtbahn ist nach wie vor eingestellt. Große Panik herrscht im Verlauf der Nacht, in der Nähe des Schleißischen Bahnhofs als ein paar laute Schläge erfolgten, indem die Häuser erzitterten und in der nächsten Nähe des Bahnhofs einige große Schwenkfenster scheiterten. Man nimmt an, daß die Spartakusleute auf dem Schleißischen Bahnhof ein Munitionslager in die Luft gelassen ist.

Die Fernbahnhöfe sind ausnahmslos von Regierungstruppen umstellt. Der Eisenbahnverkehr ruht jedoch nach dem Osten, sonst ist der Fernverkehr nicht unterbrochen. Der Tiergarten ist jetzt vollends von den Spartakusleuten geäubert worden. Ein Schützengraben, den sie sich angelegten, wurde von den Regierungstruppen genommen und der ganze Tiergarten nunmehr von den Regierungstruppen besetzt.

Die Direktion der Reichsbank teilt über die Besetzung der Reichsdruckerei durch Regierungstruppen folgendes mit: Die Rückeroberung der Reichsdruckerei ist in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr erfolgt. Ueber die Art und Weise, wie dies erfolgte, wollen wir aus begründeten Gründen nichts sagen. Es ist aber bemerkenswert, daß die Einigung vollkommen unblutig erfolgte. Die Spartakusbesetzung schießt als sie die Regierungstruppen plötzlich vor sich sah. Wir hoffen, daß durch die Besetzung nichts vom Staatseigentum erwendet worden ist.

Das Rathaus und die Artilleriewerkstätten in Spandau sind von den Regierungstruppen wieder genommen worden.

Ueber den Aufruf zum Generalstreik

teilt eine Berliner Korrespondenz mit, daß mehrere Führer der Unabhängigen, wie Haase, Barth und Dittmann, von dem Aufruf zum Generalstreik nichts gewußt haben, den der Berlin Zentralvorstand über den Kopf der meisten Parteiführer hinweg unterdrückt habe. Der Mehrheitssozialist Schulze hat einer Versammlung gesagt, die Unabhängigen seien bereit gewesen, sich mit der Regierung zu einigen, wenn diese in Hinausziehung der Wahlen zur Nationalversammlung um die Monate einwilligen würde.

Spartakusputsche im Reich.

In Dresden

verlachten nach einer kommunistischen Versammlung etwa 5-600 Personen das Gebäude der „Dresdner Volkszeitung“ zu flürmen. Die Militärwache, die das Gebäude besetzt hielt, zog sich zunächst in den Hof zurück. Als die Menge trotz aller Abmahnungen in das Gebäude eindringen wollte, eröffnete die Wache ein Gemehr- und Handgranaten-Feuern, worauf die Menge wild auseinanderstob. Nach einer Mitteilung des A.- und S.-Rats sind 20 bis 30 Tote und Verwundete zu verzeichnen. Die blutigen Ereignisse haben indirekt auch zur Verhaftung des früheren Reichstagsabgeordneten Rühl geführt. Seine Partei hatte ein Flugblatt verbreitet, das dazu aufforderte, die Wahlen am 19. Januar unter allen Umständen zu verhindern. Rühl wurde gefragt, ob er darunter auch die Anwendung von Gewalt verfolge; als es dies bejahte, wurde er für verhaftet erklärt.

In Düsseldorf

ergriffen Demonstranten vor dem Geschäftshaus des „Düsseldorfer Tageblatts“ und verlangten Einlass. Die Menge zerstückelte die Haustür und drang ins Bureau und den Sitzungssaal ein. Das technische Personal wurde gezwungen, die Arbeit einzustellen. Die Bürgerlichen veranstalteten eine Gegenkundgebung, bei welcher es am Bahnhof eine Schießerei gab.

Der Leipziger A.- und S.-Rat

erläßt zu den gestern gemeldeten Vorgängen eine Erklärung, wonach ein Beschluß besteht, keinen Militärzug, der zu konterrevolutionären Zwecken in Berlin mißbraucht werde, durchzulassen. Der Befehl zum Feuern sei von Offizieren des Transporthuges ausgegangen. Der A.- und S.-Rat Leipzig hat daher angeordnet, daß die nach Berlin durchfahrenden, mit Waffen versehenen Truppen entwaffnet werden.

Für Ebert-Scheidemann

demonstrieren in Halle a. S. 2500 Personen. Im Eingang zum Marktplatz wurde der Zug durch Angriffe der Spartakusanhänger gesprengt, die die an der Spitze marschierenden Leute sowie die erste Musikkapelle mit Knüppeln angriffen. Es fielen auch einige Schüsse.

In Weimar

wurde das „Sächsisches Volksblatt“ von Spartakusleuten besetzt. Das technische Personal weigerte sich, für die Spartakusleute Arbeit zu verrichten. Der Geschäftsführer und Faktor wurden verhaftet, nach einer Stunde aber wieder in Freiheit gesetzt. Ein Teil des Maschinenpersonals muß unter Bewachung von Matrosen arbeiten.

In Stuttgart

sah es im Weichbild der Stadt zu lebhaften Kundgebungen, besonders vor dem Ministerium des Innern, dem Arbeitsministerium und dem Rathaus. Das Rathaus wurde von den Spartakisten besetzt und Oberbürgermeister Lautenschlager für abgesetzt erklärt. Außerst unruhig ging es vor der großen Infanteriekaserne zu, wo auch Schüsse fielen und Leuchtraketen aufstiegen. Bis gegen Mitternacht bewegten sich die aufgeregten Mengen auf den Straßen. Hier rief man: Hoch Spartakus! dort: Hoch Scheidemann! Die provisorische Regierung Württembergs, gezeichnet Bloch, ließ einen Aufruf an das württembergische Volk verteilen, wonach sie die Vorfälle als einen Überfall der Spartakusleute auf die Regierung bezeichnet. Die provisorische Regierung sah sich deshalb gezwungen, nämlich mit aller Entschiedenheit durchzugreifen. Sie hat sich unter den Schutz der Sicherheitskommission gestellt und die Verantwortung der Ruhe- und Friedensstörer anzunehmen.

Waffenstillstand und Frieden.

Eine Note des französischen Kriegsministeriums kündigt an, daß Marschall Foch im Namen der alliierten Regierungen ein Waffenstillstand entsprechend den Bestimmungen des Protokolls vom 13. Dezember am 17. Januar verlängert werden solle zum Abschluß der Friedensverhandlungen. Seit einem Pariser Telegramm hielt die Friedenskonferenz gestern die erste vorbereitende Sitzung im Ministerium des Innern ab, an der nur Vertreter Amerikas, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans teilnahmen. Wilson kehrt Ende Februar nach Amerika zurück und zwar, wie englische Blätter melden, mit der Gewißheit, daß dann der Friede geschlossen sei.

Mutterfreunden.

Roman von S. Salomon.

29. Fortsetzung.
Wie kann die Alte noch einmal den Blick hinüber nach dem schmalen See, glitt ein sonniges Lächeln über ihr runzeliges Gesicht, als sie das ammatige, tief ergründete Bild von der jungen, in wieder schlafenden Mutter nicht kind betragende Mutter Reie drant gerade ihren Pflichten zurück, als sie der gegenüberliegenden Seite das herrliche Schreien des jungen Weibchens erkundete.
Eilends trippelte sie hinüber und fand bereits Beria auf dem Boden in ihrem Bett, um ihrem Kinde Nahrung zu geben.
„Wie haben wohl lange geschlafen?“ fragte Beria mit glänzenden Augen. „Wie schön doch ein solcher fetter Schlaf ist. Man hat sich danach noch einmal so wohl.“
„So mag es auch sein, mein Kind.“ antwortete die Alte. Dann ergründete sie: „Hast du nun schon nachgedacht, wie der eine Kerl eigentlich heißen soll, aber weißt du es immer noch nicht?“
„O, man weiß ich schon,“ erwiderte Beria. „Er soll Karl, und das heißt ja doch.“
„Wie schön doch ein solcher fetter Schlaf ist. Man hat sich danach noch einmal so wohl.“
„So mag es auch sein, mein Kind.“ antwortete die Alte. Dann ergründete sie: „Hast du nun schon nachgedacht, wie der eine Kerl eigentlich heißen soll, aber weißt du es immer noch nicht?“
„O, man weiß ich schon,“ erwiderte Beria. „Er soll Karl, und das heißt ja doch.“
„Wie schön doch ein solcher fetter Schlaf ist. Man hat sich danach noch einmal so wohl.“
„So mag es auch sein, mein Kind.“ antwortete die Alte. Dann ergründete sie: „Hast du nun schon nachgedacht, wie der eine Kerl eigentlich heißen soll, aber weißt du es immer noch nicht?“

Krieg und Kriegsfolgen.

Kritische Zustände im Baltikum. Der bisherige deutsche Gesandte im Baltikum, Winnig, teilt mit: In Riga und den übrigen von den Bolschewiki besetzten Teilen Livlands und Kurlands herrschen äußerst kritische Zustände. Nach dem Einrücken der Bolschewiki haben die örtlichen Bolschewiki unter der einheimischen Bevölkerung, insbesondere unter den Deutsch-Balten und den dort gebliebenen deutschen Reichsangehörigen eine Bartholomäusnacht veranstaltet. Drei Herren der deutschen Gesandtschaft, die im Vertrauen auf die Territorialität zurückgeblieben waren, sind verhaftet worden. Die amtlichen Gelder in Höhe von einer halben Million sind beschlagnahmt. In Lükum und in anderen Orten ist man mit den Baltien ebenso verfahren. — Mitau wurde von deutschen Truppen geräumt.

Die Lage in Polen. Der polnische oberste Volksrat erläßt folgende Bekanntmachung: „Durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage ist sowohl die Regierung als auch die militärische Gewalt auf die Polen übergegangen. Die bisherigen Behörden haben sich außerstande erklärt, Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist ohnmächtig. Infolgedessen übernehmen wir die Leitung der Regierung und der Militäranangelegenheiten. Die endgültige Regelung der polnischen Frage überlassen wir dem Friedenskongreß.“

Wer hat das Wahlrecht?

Jeder Mann und jede Frau, ob verheiratet oder ledig oder Witwe, die am 19. Januar das 20. Lebensjahr vollendet haben, nicht entmündigt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wahlfreiheit der Beamten.

Die preussische Regierung erläßt an alle preussischen Beamten die folgende Bekanntmachung: Zur Beachtung bei den bevorstehenden Wahlen werden die Beamten darauf hingewiesen, daß ihnen außerhalb des Dienstes jede ihrer Ueberzeugung entsprechende politische Betätigung freisteht; indessen haben sie dabei die Grenzen innezuhalten, die ihnen die Rücksicht auf die Unparteilichkeit ihrer Amtsführung auferlegt. Unzulässig ist selbstverständlich jede Verquickung amtlicher und politischer Tätigkeit. Insbesondere darf das Vorgehensverhältnis niemals zu einer Einwirkung auf die politische Gesinnung und Betätigung dienstlich unterstellter Personen mißbraucht werden. Ebenso selbstverständlich wie die Wahrung der Wahlfreiheit der Beamten, ist, daß kein Beamter die in seiner Hand befindliche amtliche oder soziale Macht zur Einwirkung auf die Abstimmung der Wähler benutzen darf.

Austritt der Unabhängigen aus der badischen Regierung.

Infolge des für die Unabhängigen ungünstigen Ausgangs der Wahlen zur badischen Nationalversammlung haben die beiden der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden Minister der badischen vorläufigen Volksregierung, Brümmer, der das Ministerium für militärische Angelegenheiten leitet, und Schwarz, der das Ministerium für soziale Fürsorge verwaltet, ihren Austritt aus der Regierung erklärt.

Dänemark.

Spernung deutschen Gutshausens. Die Kopenhagener französische Gesandtschaft hat an die Banken ein Schreiben gerichtet, in dem gefordert wird, daß die Banken alle deutschen Gutshausen sperren, da die Auszahlung derselben an ihre Besitzer als Unfreundlichkeit von der Entente aufgefaßt werden würde. Der Gesandte behauptet, daß Deutschland nach den Waffenstillstandsbedingungen nicht das Recht habe, über Gutshäuser im Auslande zu verfügen.

Frankreich.

Ueber große Arbeitslosigkeit droht die Humanität. Die Arbeitslosigkeit nimmt, wie zu erwarten stand, beunruhigend

den Umfang an. Immer zahlreicher strömen die Frauen aus der Kriegsindustrie auf der Suche nach Beschäftigung in der Arbeiterbüroe zusammen. Sie werden, nachdem die Arbeitgeber ein Vermögen erworben, ohne Kündigung und Entschädigung fortgeschickt. Andere Fabriken zwingen ihre Arbeiter zu zeitweiliger Feiern, ohne daran zu denken, ob sie genug für ihren Lebensunterhalt verdienen. Der Minister für Wiederaufbau der Kriegsindustrie an anderer Stelle finden wollen. Im übrigen aber müßte bei Entlassungen auf die persönlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Es wurden besondere Bestimmungen über die Reihenfolge der Entlassungen ausgearbeitet. (Sie denken sich mit denen von den deutschen A.- und S.-Räten. Red.) Falls die Bestimmungen nicht eingehalten werden, wird die Arbeiterschaft sie erzwingen.

England.

Schluß mit dem Kriege. Gegen die zu laue Vornahme der Demobilisierung demonstrieren in London 4000 Mann vor der Wohnung des Kriegsministers. Eine Abordnung ging zum Oberbefehlshaber Robertson, der sagte, kein über 41 Jahre alter Mann würde wieder ins Ausland geschickt. — Das Kriegsministerium hat beantragt über die unter den Soldaten herrschende Mißstimmung wegen der verzögerten Entlassung, dem Kriegskabinet die Notwendigkeit eines beschleunigten Abschlusses des Friedens vor Augen gestellt. Da das Auswärtige Amt diese Ansicht teilt, hat das Kriegskabinet beschlossen, den Gegenstand näher zur Beratung zu stellen.

Arbeiterbewegung. Anlässlich des Streiks wegen der 47 Stunden-Arbeitswoche ist es in den Maschinen- und Schiffbauzentren zu ersten Schwierigkeiten gekommen. Die größten Schwierigkeiten sind an der Nordostküste entstanden, wo 10 000 Arbeiter gestreikt unter Protest gegen diesen Plan die Arbeitsstätte verlassen. — Die Mieter und andere Arten von Arbeiter auf den Werften in Plymouth haben die Arbeit niedergelegt. Auch die Kesselarbeiter und die Arbeiter in einigen Maschinenfabriken sind in den Ausstand getreten.

Lohnbewegung. Die Exekutive des Grubenarbeiterverbandes hat es beschlossen, der nationalen Konferenz vorzuschlagen, eine nachmalige Lohnhöhung von 30 Prozent zu verlangen und den so erhöhten Lohn als Mindestlohn zu behandeln. Der Streik in den englischen Schiffbauwerken dauert fort.

Nus Südben und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 11. Januar.

Bregfreiheit.

In den „Lübeckischen Anzeigen“ nimmt Dr. Krauthals, der vhrasenreichste Heimkrieger, das Wort, um über die angebliche Vergewaltigung der Pressefreiheit und der persönlichen Freiheit durch die Sozialdemokratie vom Leder zu ziehen. Er macht das folgende demagogische:

Wer ist verantwortlich für unsere jetzige trostlose Lage? Niemand anders, als die neuen sozialistischen Macht haben! Das merke man sich bei den kommenden Wahlen. In keiner Regierungs-Epoche, auch unter dem dunkelsten reaktionären Regiment, haben wir eine solche innere Verwahrlosung, eine solche Trostlosigkeit unserer politischen Zustände erlebt, wie jetzt, da wir mit einer neuen „Freiheit“ beglückt worden sind. Bis, auch nicht in den schlimmsten Zeiten des Belagerungszustandes, Geschehes ist so mit Vergewaltigungen der Pressefreiheit, wie auch der persönlichen Freiheit ungesprochen worden, wie in den vergangenen Revolutionswochen. Wir haben es erleben müssen, daß jeder, wer den neuen Macht haben unbequem war, in Berlin und anderswo von irgend jemand ohne weiteres in Haft gesetzt werden konnte. Der Gewaltenszwang, der gegen Zeitungen als Organen der öffentlichen Meinung und damit der öffentlichen Meinung selbst aufgelegt worden ist, übersteigt alles, was wir jemals erlebt haben.

Die Tatsache, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ ungehindert ein solches Gemisch von Gift und Lüge veröffentlichen kann, bezeugt wohl am besten, daß wir eine unbeschränkte Pressefreiheit haben.

Die Bürgergesellschaftskandidaten der Deutschen demokratischen Partei. Diese Partei bringt 5 getrennte Wahlvorschläge heraus, und zwar je einen für die innere Stadt, St. Jürgen, St. Lorenz, St. Gertrud und das Landgebiet. Die Vorschläge sind bei der Einbringung als mit einander verbunden erklärt. Die einzelnen Vorschläge lauten: 1. Konrad Dimpfer, 2. Tischlermeister Rosenquist, 3. Buchdruckereibesitzer Heise, 4. Frau Maria Hartmann, 5. Rektor Reimpell, 6. Maurer-

hatte das junge schneude und das alte langsam absterbende Herz zusammengeführt.
Eunend schaute die Alte zu, wie die letzten Tropfen durch den Beutel in die Kanne hinabfielen. Dann holte sie zwei Paar Tassen herbei. Diebstoln fuhr ihre Rechte über die eine davon hin. Das war die Tasse, aus der Bertas Liebster den Abschiedstrank getrunken und aus der jetzt nur noch die junge Mutter trinken durfte.
Vorichtig gießt sie zuerst diese voll. Da plötzlich zuckt sie zusammen. Ein juchzender, gellender Schrei durchzittert das kleine Häuschen. — „Dann ist es still, totentill!“
Die Knie zucken ihr an zu zittern. All ihre schwachen Kräfte zusammennehmend, schlürft sie schnell hinüber ins Süßbrot.
Angsterfüllt öffnet sie die Tür. Mit erschreckten Augen gewahrt sie die junge Mutter wie leblos im Bett liegend. In der Rechten hält sie frampfhaft den eben empfangenen Brief, während sie die Linke fest auf die Herzgegend gepreßt hat. Ein schwarzer, stoßweisender Atem entströmt den halbgeöffneten Lippen und zwei kreisrunde dunkelrote Flecken auf den Wangen heben sich grell ab von dem leichenblau erscheinenden Gesichte.
Ratlos steht die Alte einen Augenblick still. Sie will sich fortbewegen, aber die Füße sind ihr wie abgestorben. Kraftlos sinkt sie auf den Stuhl vor Bertas Bett und richtet den angstvollen Blick auf die vor ihr Liegende.
„Doch was war das?“ Ein juchzender Krampf durchbebt den jungen Leib. Langsam öffnen sich weit die sonst sonnig blühenden Augen. Der Glanz ist daraus entwichen. Unheimlich starr blickt sie auf die Tür. Der Oberkörper hebt sich höher und höher und die Fiedersäure ergrühtern ihn von Zeit zu Zeit. Jetzt hebt sie an zu sprechen, erst mit leiser flüsternder Stimme, dann immer heftiger und heftiger zuehmend, bis wahnwitzig gellende Töne das kleine Häuschen erbeben machen.
„Seht! Ihr denn nicht, wies herankommt? — So saß ich — so leise — mit den großen gespenstlichen Augen — hu — und doch hier es! — Eisen! — Alles Eisen! — Ha! Jetzt kommts näher — immer näher das eisengepanzerte schwarze Ungeheum! — Wie es von Waffen starrt! — Hu! und das alte stierne Gesicht! — Und dort oben steht er — hoch oben im Fenster! — Wie das Ungeheum ihn anstarrt! — Seht — jetzt hats die Eisenfaust ausgebreitet. — Immer näher kommts! — Grnft! — O Gott, Grnft! — Tu es nicht! Sprung nicht! — Hu! — Er ist tot! — Hilfe! — Hilfe!“
Mit diesem furchtbaren Murre bedeckt die Fiebernde mit beiden Händen ihre starrbildenden Augen.

Fortsetzung folgt

medler Wandte, 7. Prokurist Androsius, 8. Malermeister Schettler, 9. Kaufmann Meers, 10. Dr. Wallroth, 11. Uhrmachermeister Köhler, 12. Kaufmann Rud. Köhn, 13. Malermeister Burwid, 14. Kaufmann Vorkamp, 15. Kaufmann H. Heydenroth, 16. Geschäftsführer E. Koll, 17. Gastwirt Boger, 18. Kaufmann Bopp, 19. für St. Jürgen: 1. Hofsekretär Klein, 2. Kaufmann Schreimann, 3. Lehrerin Fräulein Bartels, 4. Landgerichtsdirektor Dr. Meyer-Luerßen, 5. Kaufmann Ernst Boie, 6. Bankbeamter C. Pauels, 7. Professor Dr. Steffen, 8. Kaufmann Herm. Behn, 9. Direktor Dr. Hartwig, 10. Kaufmann Jwan Meyer, 11. Schneidermeister Paul Höpp, 12. Lehrer Hans Satow, 13. Kaufmann Hugo Reck, 14. Schornsteinfegermeister Förster, 15. Ingenieur G. Schetelig, 16. Kaufmann G. Scharif, 17. Architekt Schöp, 18. Assistent Hargus, 19. für St. Lorenz: 1. Fabrikant A. Pape, 2. Malermeister Heimlich, 3. Fabrikdirektor H. Thiel, 4. Frau Charlotte Landau, 5. Direktor des Hochfürstlichen Dr. Neumarck, 6. Kaufmann Schmalbrock, 7. Kaufmann Aug. Mohr, 8. Bauamt Neuzeit, 9. Zollinspektor Schmidt, 10. Schlachtermeister Reil, 11. Fabrikant Cloasgen, 12. Kaufmann Alfons Brand, 13. Monieur Böden, 14. Diplom-Ingenieur Hoffmann, 15. Bücherrevisor H. Müller, 16. Eisenbahn-Sekretär Hagemann, 17. Direktor Herbst, 18. Malermeister Siems, 19. Fabrikdirektor Hornemann, IV. für St. Gertrud. 1. Dr. H. Göhr, 2. Handelskammerpräsident Eschenburg, 3. Rektor Schulmerki, 4. Gerichtssekretär Köster, 5. Frau Elise Breinig, 6. Klempnermeister Thobe, 7. Gemüsehändler Grabner, 8. Gärtner H. Klobt, 9. Dr. Emanuel Benda, 10. Banddirektor Rehder, 11. Feldwebel Kröger, 12. Kapitän Groot, V. für das Landgebiet: 1. Räumverwalter Niemann, 2. Mandatar Grünau, Travemünde, 3. Hüfner Wölffchen, 4. Hauptbuchhalter Thies, Herrenhof, 5. Malermeister Hargus, Travemünde, 6. Räumverwalter Joh. Pump, 7. Erbpächer Langhoff, Albsfelde, 8. Dachdeckermeister Brandt, Dissa, 9. Schlachtermeister Köhler, Travemünde. — Es stimmt heiter, wenn man unter diesen „Demokraten“ die Namen von Landgerichtsdirektor Meyer-Luerßen, Ernst Boie, Schmalbrock, Dr. Neumarck, H. Thiel und andere findet, die so recht den Geist dieser „demokratischen Partei“ kennzeichnen.

Für den Kriegsheer v. Graefe-Goldebeck, der sich in Medienburg-Lübeck um einen Sitz für die kommende Nationalversammlung bewirbt, obwohl er alle Ursache hätte, sich vom politischen Leben zurückzuziehen, treten die „Lübeckischen Anzeigen“ mit großem Eifer ein. Sowohl der wacker v. Graefe als auch die „Lübeckischen Anzeigen“ haben immer gegen einen vorzeitigen Frieden gewettert und den Entschluß als das alleinige Heil Deutschlands hingestellt. Sie sind einander wert.

Eine Dreifaltigkeit ohnegleichen leistet sich das alldeutsche Vaterlandsparteiliche Lübsche Amtsblatt gestern abend. Es wendet sich an die Frauen und Mädchen Lübecks mit der lächerlichen Behauptung, die Sozialdemokratie habe nur immer vom Frauenwahlrecht geredet. Wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Parteien ginge, blieben die Frauen und Mädchen dauernd politisch entrechtet. Noch bis zuletzt haben sie sich gegen das Frauenwahlrecht mit Händen und Füßen gewehrt. Und nur dem Umstande, daß die Sozialdemokratie ihren Worten auch die Tat folgen ließ, ist es zu danken, daß die Frauen und Mädchen jetzt wählen können. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache muß das Amtsblatt seine Leser wohl für Geisteschwache halten, wenn es sie glauben machen will, die Sozialdemokratie hätte nur vom Frauenwahlrecht geredet.

Gegen die Banknotenhamster. In der Zeit der Ubergangswirtschaft, in welcher wir uns jetzt befinden, muß jedermann besonders darauf bedacht sein, seine Handlungen in Einklang mit dem Allgemeinwohl zu bringen; denn es liegt im Interesse eines jeden, daß wir sobald als möglich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in geordnete Bahnen eintreten! Wirtschaftsjahre sind aber die Bestrebungen und Gewohnheiten, Barzahl in einem größeren Umfange zu Hause zurückzuhalten, als für die Befriedigung der kleineren Lebensbedürfnisse unbedingt notwendig ist. Es gibt überhaupt keinen triftigen Grund, der jemandem dazu veranlassen könnte, bares Geld zu verstecken. Wer sein Geld von der Bank oder Sparkasse abholt, seine Wertpapierbestände oder sonstigen Vermögenswerte, verhilbert, macht einen schlechten Laich; denn er tauscht zinsbringende Werte gegen zinslose ein, ohne zudem an Sicherheit zu gewinnen, ja er setzt sich sogar der Gefahr von Verlusten aus. Obendrein schädigt er die Gesamtheit; denn er trägt durch seine Handlungsweise zur Vermehrung des Notenumlaufs bei, fördert somit eine weitere Entwertung des Geldes und verzögert den erwarteten Rückgang der Preise. Die Entwertung des Geldes verschlechtert aber auch unsere Baluta und verhindert somit die unbefristete Wiederannahme des Außenhandels. Wenn also das Wohl der deutschen Volkswirtschaft am Herzen liegt, der helfe mit, die Banknotenhamsterei zu bekämpfen und der bargelosen Zahlung durch Ueberweisung oder Scheck Eingang zu verschaffen!

Stedriiben. Von der Stadt, Obste- und Gemüsestelle sind von den Landwirten nur gelbe Stedriiben gekauft. Leider ist im vorigen Frühjahr die Saat sehr unzureichend geliefert, und es ist daher unvermeidlich, daß sich zwischen den gelben einige weiße Stedriiben befinden, worauf die Verbraucher, angesichts der großen Schwierigkeiten auf dem Lande, Rücksicht nehmen wollen. Es wird bei dieser Gelegenheit erneut darauf hingewiesen, daß es sich für jede Hausfrau empfehlen dürfte, in den Monaten Januar und Februar, wo die Stedriiben noch wohlgeschmeckt sind, diese zur Streckung des Kartoffel-Vorrates zu benutzen, da es ungewiß ist, ob in den Frühjahrsmonaten genügende Kartoffelmengen zur Verfügung stehen werden.

Verhafteter Einbruchler. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter, der in Marienwohde bei Mölln in einer Schmirgelerfabrik einen Einbruchsdiebstahl verübt hatte, bei dem ihm verschiedene Kleidungsstücke usw. in die Hände gefallen waren.

Schlechte Kollegin. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Stedriibsdorf, welches einem im selben Hause beschäftigten Dienstmädchen Bett- und Leibwäsche sowie Kleidungsstücke im Werte von zusammen 2000 Mk. gestohlen hatte.

Gefährliche Lebensmittelausweise. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Marienhof, der wiederholt Lebensmittelausweise gefälscht und diese in Herbergen verkauft hatte.

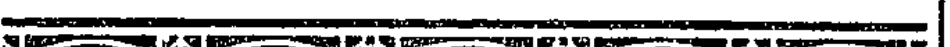
Mittels Einbruches wurden in der Nacht zum 9. d. Mts. aus einem Geschäft im Längen Vohrg 98 Pfund Margarine, 60 Pfund Streuzucker, 50 Pfund Würfelzucker und 150 Pfund Mehl gestohlen.

Zur Anzeige gebracht wurden zwei hier mohnhafte Schlachter, die sich gemeinschaftlich in Schwartau einen Bullen gekauft und dessen Fleisch zu Wurst verarbeitet hatten. Die hauptsächlichsten Zutaten zur Wurst hatten beide gestohlen. Ihre Absicht war, die Wurst auf dem Schleichhandelswege zu veräußern. Tatsächlich war auch schon ein großer Teil der Wurst zum Preise von 15.— Mk. per Pfund verkauft. Der Rest konnte beschlagnahmt werden.

Travemünde. Eine sehr gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins fand am 8. d. Mts. statt, wozu alle wahlberechtigten Bewohner Travemündes eingeladen waren. Zunächst handelte es sich um Aufstellung zweier Kandidaten zur Bürgerstimmwahl. Nachdem vom Genossen Eigenboth die Einleitung zur Wahl geführt, nahm Genosse Feldmann das Wort und legte in längerer Ausführung die gemachten Fehler der früheren Bürgerstimmwähler klar. Reicher Beifall belohnte seine Erläuterungen. Die Genossen Hans Johansen und Hans Hagelstein wurden vorgeschlagen und nachdem sie ihr politisches Glaubensbekenntnis zu unserer Partei, sowie das Versprechen gegeben hatten nur das Beste im Falle der Wahl für die Bevölkerung zu tun, wurden sie mit großer Majorität gewählt. — Genosse Möller verurteilte dann das vorläufige Schließen der am Dienstag in Stadt Rade tagenden Frauen-Versammlung, in der Fräulein Köhning-Lübeck über das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht sprach. Er unterzog die Schlussfolgerungen der alten Dame einer scharfen Kritik und betonte, es sei viel richtiger, anstatt der Religion den Schul-

bern mehr Rechnen und Geschichtsunterricht zu erteilen. Nicht wir Sozialdemokraten wollten unsere Kinder im Wahl erziehen lassen, sondern gerade das profitorische Großkapital hätte durch seine Hungerlöhne die Arbeiterinnen in die Fabrik getrieben. Die Sozialisierung in der Landwirtschaft sollte am schärfsten werden lassen. Genauer meldeten sich nicht zum Worte. Genosse Eigenboth ermahnte mit aller Kraft für unsere Kandidaten einzutreten und Mitglied unserer Partei zu werden. Resultat: Aufnahme 52 neuer Mitglieder.

Hamburg. Die ungeheuerliche Vergewaltigung des „Hamburger Echo“ und der Hamburger Gewerkschaften hat bei der übergroßen Mehrheit der Arbeiterhelfer helle Empörung hervorgerufen. Heute morgen ist auf Beschluß der Pressekommision das „Echo“ wieder erschienen. Das Ansehen des Arbeiterrates, das „Hamburger Echo“ als Organ der Arbeiter- und Soldatenräte erscheinen zu lassen und die Redaktion paritätisch aus der alten Partei, den Unabhängigen und den Kommunisten zusammenzusetzen, wurde zurückgewiesen. Das „Echo“ steht hinter der Regierung Ober-Scheidemann und könne auf keinen Fall die Politik des jetzigen Rates treiben, der gestern den Rücktritt dieser Regierung verlangt habe. Gestern nachmittag um 5 Uhr stand der Rathausmarkt dicht gedrängt von Menschen, um die Entscheidung des Arbeiter- und Soldatenrates in der Presseangelegenheit zu hören. Zunächst wurde vom Balkon gefragt, ob Laufenberg sprechen sollte. Als man dies bejahte, erschien er und führte aus, daß der Beschluß gefaßt sei, eine Presse für das gesamte Hamburger Proletariat zu schaffen; in der Redaktion sollen alle Richtungen zu gleichen Teilen vertreten sein. Man habe dies schon früher angestrebt, es sei aber durch die Demonstrationen am Neujahrstage auf der Moorweide und dem Heiligengeistfeld verhindert worden. Um die Angelegenheit erneut zu regeln, sei gestern die Schließung des „Hamburger Echo“ und der „Hamb. Volkszeitung“ vom Arbeiter- und Soldatenrat angeordnet worden, da man Vorkriegsregeln vermeiden wolle. Mit der Aufforderung, sich ruhig nach Hause zu begeben und mit einem Hauch auf die Einigkeit des revolutionären Proletariats schloß der Redner. Die vor dem Rathaus demonstrierenden Mehrheitssozialisten wurden aufs äußerste erregt und forderten die sofortige Entfernung Laufenbergs, des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates. Von dem Balkon des Rathauses gab die Deputation bekannt, daß die Forderung des „Echo“ nach nicht zu erlangen sei. Um 5 Uhr wurde die Entscheidung verkündet. Damit gab sich die Menge nicht zufrieden und rief unausgesetzt: Fort mit Laufenberg! Sie versuchte, in das Rathaus einzudringen. Als endlich Dr. Laufenberg auf dem Balkon erschien, entstand eine so große Unruhe, daß er nicht zu Worte kommen konnte und sich zurückzog. Um die heftige Abendstunde stauten sich vor dem Rathausmarkt große Massen von Arbeitern und Soldaten. Vor dem Portal ballten sie vor aller Dingen eine große Anzahl Sicherheitsmannschaften, die vorher in einer Versammlung beisammen gewesen waren und verlangten



Heute abend 7 1/2 Uhr: Volks-Versammlung im Gewerkschaftshaus.



Einlaß in das Rathaus, um den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Dr. Laufenberg herauszuholen und für das am Donnerstag abend durch seine Schuld geflossene Blut von Sicherheitsmannschaften zur Verantwortung zu ziehen. Kamerad Schädlich vom Siebener-Ausschuß des Obersten Soldatenrats suchte die Mannschaften zu beruhigen und bat, die Entscheidung über das Verbleiben Laufenbergs dem Obersten Soldatenrat zu überlassen. Etwa 100 Mann der Sicherheitsmannschaft schoben Schädlich jedoch zur Seite und stürmten in den ersten Stock des Rathauses hinauf, wo Laufenberg in seinem Arbeitszimmer saß. Hier versuchte Dr. Herz die Eindringenden in einer Beruhigungsrede zu beschwichtigen und zur Umkehr zu bewegen. Er wurde jedoch schon nach wenigen Worten niedergeschrien und zur Seite gedrängt. Nun versuchte Kampf vom Siebener-Ausschuß, die auf Laufenberg eindringenden Mannschaften davon abzuhalten, kurzen Prozeß mit ihm zu machen, indem er darauf hinwies, daß doch jedes Menschenleben heilig sei, und jeder Mitschuldige das Recht haben müsse, sich zu verteidigen. Aber auch ihn ließen die Sicherheitsmannschaften, die in heller Empörung über die Vorgänge vom Donnerstag waren, nicht ausprechen — sie stürzten sich auf Laufenberg und zogen ihn auf den Balkon, wo er zur Menge sprechen sollte. Kaum ließ er sich dort sehen, wurde er von der empörten Masse erkannt und niedergeschrien. Er wurde nun zurückgeführt. In einem Zimmer des Senatsgebäudes stabilisierte sich schnell ein Gericht, das über den Schuldigen aburteilen wollte. Kampf versuchte, den Vorsitz zu übernehmen, wurde darin aber sehr bald von einem Sicherheitsmann abgelöst, der Laufenberg vorwarf, daß er an dem geflossenen Blut der Sicherheitsmannschaften Schuld trage. Laufenberg versuchte, eine lange Verteidigungsrede zu halten, worin er von den Büchern erzählte, die er geschrieben habe und erklärte, er sei ein Gegner jedes Gewaltaktes und jedes Terrors. Er sei kein Spartakist, und im ganzen Arbeiterrat sei nicht ein Spartakist vorhanden. Er habe stets nur die Ziele des Sozialismus in dem Arbeiterrat verfolgt. Die Sicherheitsmannschaften unterbrachen ihn jedoch bald und wollten ihn aus dem Rathaus fortjagen. Auf eine nochmalige eindringliche Ansprache Kampf's erklärten sie jedoch, daß sie sich für die persönliche Sicherheit Laufenbergs verbürgen wollten. Um den Festgenommenen nicht der auf dem Rathausmarkt harrenden Menge, die fortwährend empörte Rufe gegen Laufenberg ausstieß, in die Hände fallen zu lassen, wurde er durch den Böhrenhof abgeführt, dort in ein Auto gesetzt und dann schnell abtransportiert. Ein ordentliches Gericht, dafür bürgt der Oberste Soldatenrat, soll später über ihn aburteilen. — Später wurde Laufenberg, nachdem er durch den Führer der Sicherheitsmannschaften vernommen war, wieder entlassen. Er begab sich nach dem Rathaus zurück und nahm seine Funktionen wieder auf.

Kiel. Gegen den Bürgerkrieg. Eine Versammlung von Vertrauensmännern sämtlicher Betriebe, die Mittwoch abend stattfand, beschloß: Die am 8. Januar 1919 im Gewerkschaftshaus versammelten Vertrauensmänner sämtlicher Betriebe Kiels erheben heftigen Protest gegen die Neuformierung und Bewaffnung von Kompanien in Kiel, die eventuell für den Bürgerkrieg im weiteren künftigen sozialistischen Parteikämpfen Deutschlands gewalttätig zu unterdrücken und so das Vordringen Deutschlands vorzögern. Es besteht die Gefahr, durch derartige Aktionen den Bürgerkrieg im ganzen Lande zu entfesseln. Wir verlangen sofortige Entwaffnung und Auflösung resp. Zurückziehung der Truppen. Sollte dem Verlangen der Vertrauensmänner resp. Arbeiter nicht Rechnung getragen werden, so behalten sich dieselben Gegenmaßnahmen vor. Es wäre ein Schandakt der Geschichte, wenn Kiel, der Springquell der Revolution, jetzt die Niederdrückung der Revolution billigen würde.

Hierzu wurde noch folgender Antrag fiktiver angenommen: Die heute, am 8. Januar 1919, im Gewerkschaftshaus versammelten Vertrauensmänner der Kieler Betriebe verlangen von den linksstehenden Parteien, daß auch sie sich ihrerseits jeder Gewalttätigkeit und jedes Vorkriegsregimes enthalten.

Genosse Garbe gab einen allgemeinen Bericht über die heutige Tätigkeit des Arbeiterrates.

Angenommen wurde folgender Antrag, der sich mit der Formierung der hiesigen Sicherheitsstruppe befaßt. Der Antrag lautet: Die Vertrauensleute verlangen, daß die 1. Kompanie der Kieler Division, die nur aus Kapitalisten besteht, aufgelöst wird. — Zum Gouverneur von Kiel ist Genosse Garbe gewählt worden.

Delmenhorst. Abzug der Kommunisten. Eine große Versammlung auf dem hiesigen Marktplatz gestattete sich zu einer Vertrauensstunde für die hiesigen Mehrheitssozialisten. Der Bürgermeister wurde enthaftet, aber solange abgesetzt, bis die gegen ihn erhobenen Vorwürfe untersucht sind. Es stellte sich heraus, daß die Bremer erschienen, als im Soldatenrat Mißstände aufgedeckt werden sollten. Sie erklärten sich zum Abzug bereit. Ein Zug von Gewerkschaften, den die Bremer dem „Fischerführer“, traf mit Ruß ein. Vor den Bewaffneten mußten die Mehrheitssozialisten zunächst von der Tribüne weichen. Als nach wenigen Minuten stürmten beherzte Männer diese. Ihre Schuß fiel, jing man an, den Kommunisten die Gewehr wegzunehmen. Es fielen etwa 15 Schüsse, die aber niemand verletzten.

Bremen. Kommunistische „Staatsreformen.“ Freitag nachmittag fand eine große Demonstration der Kommunisten auf dem Marktplatz statt; sie verlangte sofortige restlose Abdankung des Senats, sofortige Einsetzung von Volkskommissionen, sofortiges Ausscheiden der Mehrheitssozialisten aus dem Arbeiterrat und deren Entsetzung durch Kommunisten und U. S. Diese Forderungen wurden dem im Rathaus versammelten Aktionsausschuß des A. und S. Rates unterbreitet, der sie nach kurzer Beratung annahm. Darauf wurde vom Rathaus aus die sozialistische Republik Bremen ausgerufen und das Stadtrecht für alle Vergehen gegen die Revolution verkündet, die Presse unter Verletzung der Zensur gestellt, ein Telegramm an die Regierung Ober-Scheidemann geschickt, worin ihre Entfernung verlangt wird, und ein anderes an die russischen Bolschewiken, in dem der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Revolution in beiden Ländern siegreich sein möge. Die Menge zog dann unter Vorzeichen der Ruff nach dem Gewerkschaftshaus, das von den Kommunisten in Besitz genommen wurde. Ausschreitungen fanden nicht statt. Auf dem Markt ging unvorherrschend ein Maschinengewehr los, wodurch ein Kind verletzt wurde. — Vor wenigen Tagen haben erst die Wahlen zum Arbeiterrat bewiesen, daß die alte Sozialdemokratie den weitaus größten Anhang unter den Arbeitern hat. Wenn man sie jetzt beiseite zu schieben denkt, so werden die Arbeiter wohl auch ein Wort dazu zu sagen haben.

Bremen. Kommunistische „Staatsreformen.“ Freitag nachmittag fand eine große Demonstration der Kommunisten auf dem Marktplatz statt; sie verlangte sofortige restlose Abdankung des Senats, sofortige Einsetzung von Volkskommissionen, sofortiges Ausscheiden der Mehrheitssozialisten aus dem Arbeiterrat und deren Entsetzung durch Kommunisten und U. S. Diese Forderungen wurden dem im Rathaus versammelten Aktionsausschuß des A. und S. Rates unterbreitet, der sie nach kurzer Beratung annahm. Darauf wurde vom Rathaus aus die sozialistische Republik Bremen ausgerufen und das Stadtrecht für alle Vergehen gegen die Revolution verkündet, die Presse unter Verletzung der Zensur gestellt, ein Telegramm an die Regierung Ober-Scheidemann geschickt, worin ihre Entfernung verlangt wird, und ein anderes an die russischen Bolschewiken, in dem der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Revolution in beiden Ländern siegreich sein möge. Die Menge zog dann unter Vorzeichen der Ruff nach dem Gewerkschaftshaus, das von den Kommunisten in Besitz genommen wurde. Ausschreitungen fanden nicht statt. Auf dem Markt ging unvorherrschend ein Maschinengewehr los, wodurch ein Kind verletzt wurde. — Vor wenigen Tagen haben erst die Wahlen zum Arbeiterrat bewiesen, daß die alte Sozialdemokratie den weitaus größten Anhang unter den Arbeitern hat. Wenn man sie jetzt beiseite zu schieben denkt, so werden die Arbeiter wohl auch ein Wort dazu zu sagen haben.

Neueste Nachrichten.

Riefendemonstration in Hamburg.

Hamburg, 11. Januar. (Privattelegramm d. Lübecker Volksboten.) Die Vorkände der sozialdemokratischen Vereine, das Gewerkschaftsamt von Hamburg-Altona-Ottensen haben die Arbeiter für heute morgen 9 Uhr zu Hunderttausenden nach dem Rathausmarkt entboten, um für Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen einzutreten. Ferner für die Sicherung der freien Wahl zur Nationalversammlung, Neuwahl der Bürgerschaft nach freiestem Wahlrecht, sofortige Neuwahl des A. und S. Rates. Die gesamten Arbeiterräte der Werften, der Allgemeinen Elektrizitätswerke, der Siemens-Schuckert-Werke, der Flugzeugwerke, der Altonaer Eisen- und der gewerblichen Betriebe beschloßen, um 10 Uhr vom Heiligen-Geist-Feld nach dem Rathaus eine Demonstration zu veranstalten: für die Einigkeit der Arbeitermassen, für die Arbeiterräte, für den A. und S. Rat. Eine Kommission tritt um 2 Uhr im Rathaus zusammen.

Der Betrieb der Hamburger Straßenbahn ruhte heute morgen in den ersten Stunden vollständig. An die im Laufe des Vormittags auf dem Rathausplatz versammelten gewaltigen Massen der Demonstranten wurden von Rednern verschiedene Reden vom Balkon des Rathauses ausgesprochen gehalten und andauernd brausende Podrasse ausgebracht. Im Zentrum der Stadt sind die Straßen vollbelegt. Das Börseviertel ist militärisch abgeperrt. Das Mitteilungsblatt des Hamburger Korresp. ist nicht erschienen.

Befreiung des „Vorwärts“.

Berlin, 11. Januar. Heute vormittag zehn Minuten vor 11 Uhr erfolgte eine heftige Detonation vor dem „Vorwärts“-Gebäude. Kurz darauf hörte man ein lautes Hurraufen und das vordere Gebäude des „Vorwärts“ war von den Regierungstruppen erstürmt worden. Die Erstürmung erfolgte, nachdem die vordere Front fast demoliert war. Ebenso wurde das Gebäude des zweiten Hauses erstürmt. Die Balkons des vorderen Gebäudes sind vollständig weggeschossen. Das Hintergebäude, in dem sich die Druckerei befindet, brennt. Es sind mehrere hundert Mann der Besatzung des „Vorwärts“ ohne Waffen abgeführt worden. Es verlautet, daß sich unter den Verhafteten auch Rosa Luxemburg befindet. Die Straße vor dem „Vorwärts“, auch der Belle-Alliance-Platz, sind noch abgeperrt, da noch fortgesetzt Leute abgeführt werden. Das umliegende Publikum versuchte, auf die Abgeführten einzudringen, wurde aber von den Regierungstruppen zurückgedrängt.

Gegen Spartakus.

Dresden, 11. Jan. Infolge der Vorgänge von Dinstag und gestern abend erläßt der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens eine Bekanntmachung, in der die Beschlüsse aufgedeckt sind, sich nach 10 Uhr abends von der Straße fernzuhalten. Die Versammlungen der Kommunisten sind bis auf weiteres verboten. Wer trotzdem daran teilnimmt, hat unabweislich die Einwirkung bewaffneter Truppen zu erwarten und zieht sich schwerer Strafe aus.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbarorten“ sind die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, die den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steffens. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Kretz & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inventur-Ausverkauf

in allen gesetzlich hierfür freigegebenen Abteilungen.

Außergewöhnliche Vorteile boten wir unseren Kunden zu allen Zeiten!

Unsere Preiswürdigkeit und die Vorzüge unserer Waren gründeten unseren Ruf. — Von Jahr zu Jahr wuchs mit unserer Leistungsfähigkeit auch der Kreis unserer Kunden

weit über Lübecks Grenzen hinaus.

So war's in den Jahren des Friedens, so blieb es in schwerer Kriegszeit und auch jetzt trotz gewaltiger Umwälzungen

kauft man **wohlfeil und gut**, was es auch sei, im

Holstenhaus

G. m. b. H.

Holstenstrasse 25-33.

Lübeck.

Diese Bezugsquelle sei besonders Lübecks werktätiger Bevölkerung empfohlen.

Dienstag, den 14. Januar 1919, abends 7¹/₂ Uhr:

Große öffentliche Frauen-Versammlung

in der Stadthalle.

Tagesordnung:

Die Wahlen zur Nationalversammlung und die Frauen.

Referenten: Kandidat Joh. Stelling und Frau Luise Jaeckstat.

Freie Aussprache.

Frauen und Mädchen! Einwohner Lübecks! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

Das Sozialdemokratische Wahlkomitee.

Luise Zietz, Berlin, spricht

am Montag, dem 13. Januar, abends 7¹/₂ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse 50—52, über

Nationalversammlung u. Wahlpflicht.

Wähler und Wählerinnen, Frauen und Männer, Arbeiter und Soldaten, zeigt Euer Interesse durch Massenbesuch. Freie Aussprache wird zugesichert.

Das Wahlkomitee der unabhängigen sozialdem. Partei.

Restaurant Kieverbrück

Sonntag, den 12. Januar:

Gr. Tanzkränzchen

7920) Anfang 8 Uhr.

Hansa-Halle.

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen.

7920) Anfang 8 Uhr.

(7927)

J. Rieck.

Hotel Kronprinz Bad Schwartau

Sonntag, den 12. Januar:

Gr. Tanzkränzchen.

7924) Anfang 4 Uhr.

(7924)

Eintritt: Herren 1 Mk., Damen 50 Pfg.

Kaffeehaus Moising.

Sonntag: Tanz.

Die Wählerlisten zur Bürgerschaft

liegen bis Mittwoch, dem 15. Januar in der Aula des Johanneums, bei St. Johannis, aus. Sie können von morgens 10—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr eingesehen werden. Im Landgebiet sind die Listen bei den Polizeibehörden oder amtlichen Stellen einzusehen. Alle Lübeckischen Staatsangehörigen, Männer und Frauen, die bis zum 31. Dezember das 20. Lebensjahr vollendet haben und seit 1. Januar 1919 hier wohnen, sind wahlberechtigt.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich jeder von den richtigen Eintragung überzeugt. Nur dann kann er sein Wahlrecht ausüben.

Was sie wollen.

Sie, die bürgerlichen Parteien, wollen von der Urteilslosigkeit überleben, die nicht alle werden. Auf die Urteilslosigkeit waren die Flugblätter der bürgerlichen Parteien von jeher zugeschnitten, und diesen Zuschnitt haben sie auch heute noch. Sie suchen noch immer, wenn auch unter anderem Namen, zu leben von der

Angst vor der Sozialdemokratie.

Jedes ihrer Flugblätter geht darauf aus, den roten Vopanz von neuem als Schreckgespenst aufzuziehen zu lassen. „Rechts ist Ordnung, Links ist Anarchie!“ Und fertig ist das Bürgertum mit allen großen Problemen der Gegenwart.

Eine marktschreierische Melodie verbreiten die bürgerlichen Parteien und glauben, mit vielengroßen, hellereuchteten Buchstaben

das riesenhafte Schuldkonto unsichtbar zu machen. Sie schreiben über Vergewaltigung, weil sie wissen, daß Deutschland 150 Milliarden in einem Krieg vergewaltigt hat, an dem die bürgerlichen Parteien die Hauptschuldigen sind. Sie schreiben über bolschewistische Zustände, nachdem die bürgerlichen Parteien zugelassen haben, daß Deutschland von seinen regierenden Schichten in den Bankrott hineingetrieben wurde.

Sie schreiben über Vergewaltigung der Freiheit und wissen ganz genau, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig einen energischen Kampf für die demokratische Freiheit ausführt. Daß die bürgerlichen Parteien die Hauptschuldigen sind, daraufhin wurden vom Ministerium für soziale Fürsorge unterm 3. Januar 1919 folgende Richtlinien zur Bekanntmachung des Demobilisierungskommissars erlassen:

Die tägliche Arbeitszeit soll nicht vor 6 Uhr morgens beginnen, nicht nach 8 Uhr abends enden. Die wirkliche Arbeitszeit soll regelmäßig 10 Stunden am Tage nicht überschreiten. Falls durch besondere Umstände, wie Krankheit, Wochenbett und Kinderpflege Abweichungen von der regelmäßigen Arbeitszeit und Ruhezeit notwendig sind, ist ein angemessener Ausgleich zu schaffen, insbesondere verlorene Nachtruhe durch verlängerte Ruhe am Tag zu ersetzen.

Die Ausgangszeit von vier Stunden an einem Werktag jeder Woche und von 6 Stunden an jedem zweiten Sonn- und Feiertag ist die Mindestzeit, die insbesondere für jugendliche Hausangestellte unter 18 Jahren gilt. Für erwachsene Hausangestellte beginnt die Ausgangszeit an Werktagen um 3 Uhr nachmittags und kann bis 12 Uhr nachts ausgedehnt werden. An Sonntagen

Hausangestelltenrecht in Bayern!

Durch den Stadtkommissar für Demobilisierung wurde am 13. Dezember 1918 das Geständnisrecht aufgehoben. Da diese Verordnung den Hausangestellten nicht weit genug ging, erhob der Hausangestelltenverband in München Protest. Daraufhin wurden vom Ministerium für soziale Fürsorge unterm 3. Januar 1919 folgende Richtlinien zur Bekanntmachung des Demobilisierungskommissars erlassen:

Die tägliche Arbeitszeit soll nicht vor 6 Uhr morgens beginnen, nicht nach 8 Uhr abends enden. Die wirkliche Arbeitszeit soll regelmäßig 10 Stunden am Tage nicht überschreiten. Falls durch besondere Umstände, wie Krankheit, Wochenbett und Kinderpflege Abweichungen von der regelmäßigen Arbeitszeit und Ruhezeit notwendig sind, ist ein angemessener Ausgleich zu schaffen, insbesondere verlorene Nachtruhe durch verlängerte Ruhe am Tag zu ersetzen.

Die Ausgangszeit von vier Stunden an einem Werktag jeder Woche und von 6 Stunden an jedem zweiten Sonn- und Feiertag ist die Mindestzeit, die insbesondere für jugendliche Hausangestellte unter 18 Jahren gilt. Für erwachsene Hausangestellte beginnt die Ausgangszeit an Werktagen um 3 Uhr nachmittags und kann bis 12 Uhr nachts ausgedehnt werden. An Sonntagen

soll der Ausgang nachmittags um 2 Uhr beginnen und bis 12 Uhr nachts dauern.

Durch Vertrag ist zu vereinbaren, daß für alle Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis ein Schiedsgericht zuständig ist, das aus einem Vorsitz eines unparteiischen und durch gewählte Vertrauensleute zusammengesetzt ist. Wette und Verhandlungen im Gange, und zwar unter Leitung des hiesigen Arbeitsamtes mit den Betriebsvertretern der Hausangestellten und Hausfrauen, um einen Normalarbeitsvertrag zu schaffen.

Verpflichtungen bestehender Verhältnisse dürfen nicht stattfinden.

Wirtschaftliches.

Der Kohlenarbeiterstreik.

Aus Eisen wird gemeldet: Nachdem die Verhandlungen zwischen den Zechen des Ruhrkohlengebiets und den freilebenden Belegschaften zu einer Einigung geführt hatten, in die Arbeit gehesten auf Betreiben der Spartakus-Leute, die nach Demonstrationen durch die Stadt in die Zechen eindrangen und die Belegschaften von den Arbeitsstätten vertrieben, von neuem niedergelegt worden, weil die von den Zechenverwaltungen gemachten Anzeigepunkte nicht weit genug seien. Nunmehr sind auch die Arbeiter der einzigen Zeche auf der noch gearbeitet wurde, nämlich der Knappschneide Zeche „Salzar-Neued“, in den Streik getreten.

Das Anblühen des Holzschiffbaues.

Eine Reihe von kleineren Staaten sieht sich infolge der Unmöglichkeit, Schiffbauholz in genügender Menge geliefert zu erhalten, genötigt, wieder zu dem vor dem Kriege beinahe gänzlich ungenutzten Holzschiffbau überzugehen. So haben die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Schiffbaumaterialien in Brasilien zur Folge gehabt, daß auf der in Rio de Janeiro im Jahre 1917 gegründeten Schiffswerft noch nicht ein einziges Schiff zu Wasser gelassen werden konnte. Da sich aber der Schiffbaumangel immer stärker fühlbar macht, haben jetzt zwei kleinere brasilianische Werften, die bei Para und an der Mündung des Amazonenflusses liegen, auf Veranlassung der Regierung mit dem Bau von Holzschiffen begonnen. Auch in Norwegen winkt dem Holzschiffbau eine neue Blüte. Im Sorlandbezirk bestehen noch zahlreiche Werften, die ausschließlich auf Holzschiffbau eingerichtet sind, die aber seit Jahren nur mit Reparaturen der noch vorhandenen holzgetriebenen Holzregelschiffe beschäftigt waren. Jetzt aber erwacht eine nach der andern dieser ruhenden Werften zum Leben, es sollen nach der Schiffbauzeitung sogar neue Holzschiffwerften in Norwegen gebaut werden. Die Größe der im Bau befindlichen Holzschiffe schwankt. Die meisten der hier gebauten Fahrzeuge haben einen Rauminhalt von 100—300 Bruttoregistertonnen. Das größte, auf Seebau befindliche Holzschiff ist etwa 700 Tonnen groß mit einer Schwergutladekapazität von 1000 bis 1100 Tonnen. Unter den im Bau befindlichen Holzschiffen ist eine sehr große Anzahl Lichter, von denen die meisten in der Fahrt nach Danzweig beschäftigt werden sollen.

Aus der Partei.

Wiedereröffnung des internationalen sozialistischen Büros. Die neue niederländische Courant meldet aus Brüssel: Der Ausschuss der sozialistischen Partei hielt eine Konferenz ab, in der erklärt wurde, daß das Büro der internationalen sozialistischen Partei in Brüssel seine Tätigkeit wieder aufnehmen soll. Es wird eine Konferenz der sozialdemokratischen Delegierten der alliierten Länder einberufen werden. Diese soll dann darüber entscheiden, ob eine Konferenz mit den Delegierten aus den neutralen Ländern stattfinden soll. Die Konferenz des Parteiausschusses lehnte jede Verpflichtung gegenüber den Sozialisten der feindlichen Länder für eine bestimmte abgelaufene längere Zeit ab.

Aus Nah und Fern.

Das Ende eines Mörders. Der Bergarbeiter Müller aus Gersdorf i. S., der seine Geliebte und sein uneheliches Kind erschlagen hatte, war auf dem Transport von der Trennung in Colditz nach dem Untersuchungsgefängnis in Zwickau auf dem Bahnhof in Glauchau entpörscht. Er war in seine Wohnung in Hohndorf geflüchtet. Von dort begab er sich in ein Wäldchen auf der Gersdorfer Heide und machte dort seinem Leben durch Erschießen ein Ende.

„Geistige Wurst“. Ein Delikatessengeschäft in Sogum verkaufte „geistige Wurst“ zu 15 Mark das Pfund. Es wurde jetzt festgestellt, daß es sich um Pferdeurin handelte. Die Polizei beschlagnahmte noch 50 Pfund dieser seltenen Ware.

Bekanntmachung.

Es ergeht nochmals die dringende Mahnung an die Bevölkerung, welche noch im Besitze von **Schutz- und sonstigen Waffen** ist, diese **unverzüglich abzuliefern**. Inhaber von Jagdgewehren, die noch nicht im Besitze eines Berechtigungsscheines für dieselben sind, müssen sich mit Jagdpartei zwecks Eintragung und Stempelung auf der „Abt. Waffen und Munition“, Alsterdamm 8, melden. Abgelieferte Sachen werden ordnungsgemäß aufbewahrt und unangetastet gehalten. Demjenigen, der ohne Ausweis mit Waffen angetroffen wird, werden dieselben abgenommen. Zurückgabe von 10—12 und 3—5 Uhr.

Soldatenrat Lübeck.

Abt. Waffen und Munition.
Kramer, Ahrens.

Bekanntmachung.

Ankauf von Saatbohnen durch den Ausschuss für Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau, in der Stadtgärtnerei, Mühlenstr. 7.
Für auf ausgelesene Saat wird bezahlt:

Für große Bohnen	3.00 Mk. bis 5.00 Mk. das Kilo
Stangenbohnen, je nach der Sorte	7.00 10.00
Kruppbohnen, je nach der Sorte	6.00 10.00

Der Ankauf findet statt werktäglich in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Ausschuss für Kriegshilfe.

Abt. Kleingartenbau.

Landesvorstand.

Diejenigen Selbstverwalter (Einwohner) die kein Butterbuch besitzen, können sich die ihnen zustehende Brennholzmenge von den Brennholzverwaltern auf ihrem Butterbuch bezeichnen lassen.

Milchüberflut am Rhein. Aus Mürs wird mitgeteilt: Der Kreisauausschuß bittet in einer Beteiligungsliste die Bevölkerung möglichst viel Milch zu verbrauchen, da infolge der Sperrung des gesamten Verkehrs nach dem rechten Rheinufer sehr viel Milch verbuttert wird, wobei größere Mengen Magermilch freikommt.

Getreue Kameraden im Feld und in der Heimat. Ein Teilnehmer einer Pferdeversteigerung, die vor einigen Tagen an einem Magdeburger Reiterhof stattfand, erzählt in der „Magdeburger Zeitung“ das folgende kleine Erlebnis: Pferd auf Pferd wurde in den Ring geführt und fand seinen Käufer. Pferde der Kolonne der 3. Abteilung. Da trat ein Mann der Kolonne an den Führer heran, man sah ihn an, etwas bewegte ihn tief. Er Stoden kam in das Dorf, und mit den nächsten zwei Pferden den er sah, den Oberleutnant mit dem Mann im Ring. In kurzen Worten trug er vor: Dieser Mann meiner Munitionskolonne hat die zwei Pferde seit drei Jahren vor seinem Munitionswagen gehalten. In der Sommerzeit, in mancher anderen schweren Lage vorm Jahre. Eines der Pferde ist am 25. Granatplünder verwundet. Er kann sich von den Tieren nicht trennen, mit denen er in drei Jahren Kriegsjahren Not und Todesgefahr in treuer Kameradschaft überstanden hat. Er, Landwirt und möchte den Pferden das Gnadenloos geben, wenn ihn ihre Erwerbung nicht durch Preisarbeiten unzulässig gemacht wird. Ich bitte, von einer Steigerung abzusehen. Man sah dem Mann dasitzen um seine treuen Kameraden an, als er sein Gehot in den Ring rief. Über seiner hat mit, auch nicht bei zweiten Pferde, und so nahm er sich begnügt seine Pferde an Kopf, die ihm grüßend leise entgegenwinkten.

Staatsbankrotte. Der Weltmarkt gibt folgende interessante Uebersicht über die wichtigsten Staatsbankrotte während des 19. Jahrhunderts, wobei die meisten bankrottrüchtigen Vorkommnisse abgehandelt sind: Europa: im Gebiete des Deutschen Reiches: Preußen 1807, 1813; Westfalen 1812; Kurhessen 1814; Schleswig-Holstein 1850. In Österreich: 1802, 1805/06, 1811, 1814, 1836; in Holland 1814; in Spanien 1820, 1831, 1834, 1861, 1867, 1872, 1882; in Griechenland 1826, 1893; in Portugal 1837, 1853, 1892; in England 1839; in der Türkei 1875, 1876, 1881; in Ägypten 1876. Außerhalb Europas: in Nordamerika in zwei Unionstaaten; in Südamerika in sämtlichen Staaten, und zwar durchweg mehrfach. Man sieht also, daß sowohl Europa wie die außereuropäischen Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts von wirtschaftlichen Erschütterungen aller Art schwerer Natur wiederholt und oft in kurzen Perioden heimgesucht wurden. Häufig waren es die Kriege und ihre wirtschaftlichen Nachwirkungen, die in solche Bankrotte führten.

Abgefahne Geldscheinmaler. Bei Soding (Westf.) wurde ein Galizier abgefaßt, der 520 000 Mk. an seine Kleider verfleckt nach Holland schmuggeln wollte. Kurz darauf wurden zwei Personen festgehalten, die 75 000 Mk. zu dem gleichen Zweck mit sich führten.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Der Barbier von Sevilla“, komisch Oper von Rossini. Der Hamburger Opernleiter Dr. Voerman leitete bei dieses fällige, von seinem Alters so jugendliche Bearbeitung und neu einstudiert, wobei er sich besonders an der barock enthaltenen Worten veranlaßt, sondern nur die veränderten Stellen blank liegen. Die Komik wird wiederholt, teils und überaus den Verlauf des Gesanges so unendlich wie möglich geteilt. Gestern abend sah man den Barbier, in dieser schönen, so lustig über unsere Bühne hinweg. Alle Mitwirkende waren im Geseh, Verständnis und Liebe an ihre Aufgabe herangekommen. Das Orchester gab unter der lehrreichen Leitung des Kapellmeisters Mann; es ist dem Werke und auch auf der Bühne stand jeder an seinem rechten Platz. Als Köhne trat Herr Korte-Kothaus erstmalig auf, eine Koloraturfängerin mit hübscher, wohlklingender Stimme und sehr beachtlichen, technischen Fähigkeiten, von der man wünschen kann, daß sie für Lübeck verpflichtet wird. Auch im Spiel war sie anmutig und frei. Sie wandelt in der Darstellung und musikalische Sicherheit im Vorzuge, die man auch dem Agiere des Herrn Köhler nach rühmen kann, den allerdings unmittelbar sein Kollege Schumacher der im vorigen Jahr die Partie sang, übertrug. Herr Trimm als trefflicher Almaviva; Herr Lindemann, der den überlisteten Doktor Bartolo mit wackerem Humor gab; der im Käset im Charakterisierung gleich gelungene Bassist des Herrn Balder Foklewig; die trotz ihrer drohenden Schwanenanzüge schöne Material zeigende Marceline des Heutigen Saraun, der gut gespielt des Herrn Hartmann, die bildeten ein hübsches Ensemble für das Herr Direktor v. Bongardt die Szene sehr geschickt hergerichtet hatte. Auch der Chor, soweit er sich betätigen konnte, verdient Lob. Der abgemilderten Vorstellung wurde starker Beifall des vollbesetzten Hauses zuteil. P. L.

Wahlkomitee Montag
abends 5 1/2 Uhr 7906
im Gewerkschaftshaus.

V. u. A. Montag
abends 8 Uhr 7907
mit Distriktsführern im Gewerkschaftshaus.

I. Distrikt.
Versammlung
der tätigen Genossen
am Montag, d. 13. Januar 1919,
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Der Distriktsführer.
7953 J. Reppenhausen.

Der vierte Teilbetrag der Grundsteuer für 1918/19 ist für die Grundstücke in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud sowie in Travemünde, Schutup und den übrigen eingemeindeten Gebieten in der Zeit vom 11. bis 20. Januar 1919 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebäude zu entrichten.
S. B. e. f., 10. Januar 1919. (7955)
Die Steuerbehörde.

Pferdeversteigerung.
Montag, den 13. Januar, vormittags 9 Uhr, werden auf dem Hofe der Quarantänestation

40 Pferde
meistbietend versteigert.
Zutritt zur Versteigerung haben nur Pferde, die sich im Besitze einer von der zuständigen Zivilbehörde (Landratsamt, Polizeipräsident, Regierung usw.) ausgestellt, und, mit der Amtsstempel versehenen Pferdeurkunde befinden. Erlaßscheinigungen vom Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher oder der gleichen genügen in keinem Fall.
Nutzer der Pferdeurkunde ist der vorliegende Meldeschein Militärpaß oder eine sonstige Legitimation vorzulegen.
Die Karten sind deutlich sichtbar zu zeigen.
Die Versteigerungsbedingungen sind vorher schriftlich anzuerkennen.
Die Käufer haben Saffur mitzubringen, die Pferde sofort zu bezahlen und gleich abzunehmen.
Pferdehändler sind von der Versteigerung ausgeschlossen.
S. B. e. f., den 10. Januar 1919. (798)

Der Arbeiter- und Soldatenrat
Präsident.
Stechrüben.
Die bei den Gemüsehändlern gegen Marke 109 bestellte Stechrüben können jetzt von den Verbrauchern abgenommen werden.
Diejenigen Verbraucher, welche für die Monate Februar, März und April Stechrüben beziehen wünschen, werden ersucht, ihre Bedarf bis spätestens 15. Januar bei den Gemüsehändlern anzumelden, damit die nötige Menge sichergestellt werden kann, was später vielleicht nicht möglich sein wird.
Staat. Obst- und Gemüsestelle.

Warenausgabe

in der Woche vom 13. bis 19. Januar 1919.

Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes und Lebensmittelkarte:

Butter:	Abchnitt 60)	66 Gramm Margarine zum Preise von 29 Pf.
Seife:	60)	79-84 je 125 Gramm Zucker.
Mehl:	74	125 Gr. Gerstgrübe oder Grauvon je nach Vorrat, zum Preise von 44 Pf. für 1/2 kg.
Milchpulver:	60	250 Gr. Marmelade z. Preise von 1.10 für 1/2 kg. (1 Pfund).
Kaffee:	28	125 Gr. Kaffee-Erfass in versch. den. Sorten, zu den Höchstpreisen.

Auf die Bezugsarten des Lebensmittelkartenheftes sind diese Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Abnahme des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten und in folgenden Geschäften verabfolgt und entnommen werden:

für Butter und Seife:	Dora Gündel, Wedergrube 9, Ludw. Hartwig, Obertrave 8, Konsumverein, Warenausgabestelle Warendorferstr. 1/3.
für Zucker, Mehl, Milchpulver, Kaffee, Erfass:	D. Drafalt, Breitestr. 28/30, E. Suhrmann, Hofstr. 28, Konsumverein, Warenausgabestelle Warendorferstr. 1/3.

Auf die Bezugsausweise für Milchpulver in der Woche vom 13. bis 19. Januar 1919

Ganze Wochenmenge	wie bei der Lebensmittelkarte.
Halbe	30 Gramm Margarine
	75 " Zucker
	75 " Gerstgrübe
	125 " Marmelade.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten und in den oben angegebenen Geschäften zu entnehmen.
Auf die Fettzusatzarten für Schweinefleisch, Abchnitt 56: 10 Gramm Margarine zum Preise von 27 Pf.
Auf Butterbezugshefte: 1/4 des der höchstzulässigen Bezugsmenge in Margarine.
Lübeck, den 10. Januar 1919. (7979)

Das Landesverorgungsamt.

Bekanntmachung,

betr. den Verkauf von Nähgarn.

Auf die Bezugsausweise für Nähgarn Nr. 1 bis Nr. 29 000 wird in der Zeit von jetzt ab bis Freitag, den 24. Januar ds. Js. den unten verzeichneten Geschäften Baumwollnähgarn und zwar auf jeden Bezugsausweis eine Rolle von 200 Metern für 2 Pfennig abgegeben.

Auf die Bezugsberechtigungen auf Baumwollnähgarn für Verbraucher wird in derselben Zeit in denselben Geschäften die auf einzelnen Bezugsberechtigungen angegebene Menge Nähgarn im Preise von 32 Pfennig für eine Rolle von 200 Metern verabfolgt.

Die Bezugsausweise und Bezugsberechtigungen sind den Verkaufsstellen abzugeben, von diesen zu sammeln, durch Anbringen des Firmenstempels zu entwerfen und spätestens am Mittwoch, den 20. Januar 1919 an die Bekleidungsstelle des Landesverorgungsamtes, Königstraße 69, abzuliefern unter Vorlegung der vorläufigen Abrechnung.

Die Abgabe von Nähgarn auf andere Bezugsausweise und Bezugsberechtigungen als die vorerwähnten ist verboten, insbesondere darf Nähgarn auf Bezugsausweise für Zwirn oder für Kord- oder Stoppgarn nicht abgegeben werden.

Die aus früheren Verteilungen stammenden Bezugsausweise sind ungültig.

Wegen der Ausgabe von Nähgarn auf Bezugsausweise mit Nummer über 29 000 und an Anstalten, Gasthöfe, Pensionate usw., rmer wegen der Ausgabe von Zwirn, Strick- und Stoppgarn erfolgt besondere Bekanntmachung, sobald genügende Mengen zur Ausgabe eingegangen sein werden.

Anderes als die nachstehend genannten Geschäfte dürfen vorerst nicht ihnen überwiegen Nähgarn nicht abgeben.
Lübeck, den 11. Januar 1919. (7952)

Das Landesverorgungsamt.

Abers, Otto, Nehmmarkt 10	Peln, J. H., Markt 12
Ahn & Co., Herm., Breitestr. 77	Peters, Emma, Kronsförder Allee 8b
Jessel, Carl, Hülfstr. 31	Petersen, Georg, Hülfstr. 19
Jedrichs, Ernst, Brodestr. 25	Pries, Auguste, Wiedestr. 48
von, Louis, Gr. Burgstr. 32	Pais, Frieda, Seydlitzstr. 16
Wiers & Rothwisch, Holtenauerstr. 1	Pütter, Marie, Steinbaderweg 55
Wisselbrecht, Bertha, Friedenstr. 83	Rehweid & Co., Gust., Große Burgstr. 30
Wierder & Co., Aug., Sandstr. 15	Ritter, Carl, Breitestr. 26
Wiese, Georg, Wühlstr. 6	Ritz, Carl, Wühlstr. 1
Wüst, A. & O., Königstr. 60	Rammel, Hartwig, Wühlstr. 23
Wüst, Johs., Markt 6	Schmidt, Marie, Markt Allee 2c
Wüstmann, G. m. b. H., Holtenauerstr. 25/26	Schröder, Dorothea, Engelsgrube 53
Wüstmann, Herm., Königstr. 71	Schröder, Elise, Oberdorf 18
Wüstmann, Herm., Königstr. 9	Schröder, Bertha, Hülfstr. 27
Wüstmann, Karl, Hofstr. 18	Schnecke, Emma, Reiferstr. 19
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Staden, Friedrich, Balanierstr. 29
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Straw, Hans, Königstr. 69
Wüstmann, Friedr., Wühlstr. 10	Straw & Baumelster, Breitestr. 55
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Tautschberg, Ed., Untertrave 67
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Torkahl, C. O., Finkenstr. 12
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Unger & v. Dasse, Sandstr. 20
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Wickandorf, Max, Hülfstr. 88
Wüstmann, W. G., Gr. Burgstr. 5	Zepelin, Carl, Johannstr. 11

Gebrauchte Sielengeschirre

werden vom Kriegswirtschaftsamt abgegeben. Anträge sind bei der Ausgabe
1. der angeführten Größe des Pferdes, für welches das Sielengeschirre verlangt wird;
2. der vorhandenen Sielgeschirre an Pferden und brauchbaren Geschirren sowie
3. unter Vorlegung einer Bescheinigung des Polizeiamtes bzw. der zuständigen Polizeistation über die Richtigkeit der Angaben zu 2 und über die Dringlichkeit des Bedarfs
das Kriegswirtschaftsamt Lübeck, Breite Straße 40 I, zu richten. Anträge sind bei der Ausgabe im Land- und Eingemeindungsbezirk zu richten.
Die Geschirre werden nur gegen Übergabe des Sicherungsgeldes und Barzahlung abgegeben. Das Recht zur Rückgabe ist ausgeschlossen.
Lübeck, den 9. Januar 1919. (7950)

Das Kriegswirtschaftsamt.

Regierung.

Lübeck, den 30. Dezember 1918.

Bekanntmachung

über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

I. Die Vornahme der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ist auf

Sonntag, den 19. Januar 1919

anberaumt. Die Wahlen finden statt von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.

Die Anweisung der Wählerlisten vom 30. Dezember d. Js. bis zum 6. Januar 1919, beide Tage einschließlich, ist bereits angeordnet.

II. Die Provinz Lübeck bildet mit der preussischen Provinz Schleswig-Holstein den 14. Wahlkreis, in dem im ganzen 11 Abgeordnete zu wählen sind.

Zum Wahlkommissar ist für diesen Wahlkreis der Oberregierungsrat Dr. Livonius in Schleswig, zu seinen Stellvertretern in erster Linie der Regierungsdirektor Thöne, in zweiter Linie der Regierungsrat Eise, dafelbst ernannt.

III. Wegen der Einteilung der Stimmbezirke wird auf Bekanntmachung der Regierung vom 14. 12. 1918, veröffentlicht im Lübeck, hingewiesen.

IV. Die zur Leitung der Wahlen ernannten Wahlvorsteher, deren Stellvertreter sowie die Bezeichnung des Wahlraumes werden nachstehend öffentlich bekannt gegeben:

1. Stimmbezirk Stadt Ahrensböck:
Wahlvorsteher: Bürgermeister Frantrup, Ahrensböck, Stellvertreter: Zimmermann Paul Thämer, Ahrensböck, Wahllokal: „Hotel Germania“, Ahrensböck;
2. Stimmbezirk Land Ahrensböck:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Mantz, Ahrensböck, Stellvertreter: Arbeiter Fritz Dockweller, Bornwerf Ahrensböck, Wahllokal: Gastwirtschaft Jess, Steindamm, Bornwerf Ahrensböck;
3. Stimmbezirk Gemeinde Bosau:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Henk, Hoffendorf, Stellvertreter: Klempnermeister Marder, Bosau, Wahllokal: Wulfs Gasthaus in Sügfeld;
4. Stimmbezirk Gemeinde Gurau:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Beythien, Schwintenkraß, Stellvertreter: Fuhrmann O. Dobrowski, Dunkelndorf, Wahllokal: Millions Gasthaus in Gurau;
5. Stimmbezirk Landgemeinde Cuttin:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Braesch, Wochholt, Stellvertreter: Maurer K. Barmwater, Neudorf, Wahllokal: Böhmckers Gasthaus in Neudorf;
6. Stimmbezirk Gemeinde Gleschendorf:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Westphal, Sartwisch, Stellvertreter: Arbeiter Wilh. Haacke, Gleschendorf, Wahllokal: Gasthof Heiner. Witt, Gleschendorf;
7. Stimmbezirk Gemeinde Gniffau:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Wendelhorn, Gniffau, Stellvertreter: Maurer Gust. Speizen, Gniffau, Wahllokal: Mahnke's Gasthaus, Gniffauer Gedathen;
8. Stimmbezirk Gemeinde Malente:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Otzen, Malente, Stellvertreter: Lagerhalter Otto Wecker, Malente, Wahllokal: Krohn's Gasthof in Malente;
9. Stimmbezirk Gemeinde Neukirchen:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Dunker, Malkwisch, Stellvertreter: Seiler Adolf Benfeld, Steversdorf, Wahllokal: Jakobsens Gasthaus in Malkwisch;
10. Stimmbezirk Gemeinde Obermühle:
Wahlvorsteher: Beigeordneter Lampe, Arfrade, Stellvertreter: Arbeiter Kruse, Arfraderhof, Wahllokal: Gasthaus H. Kliver, Obermühle;
11. Stimmbezirk Gemeinde Ost-Ratekau:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Krambeck, Warnsdorf, Stellvertreter: Arbeiter Johs. Böhl, Ostendorf, Wahllokal: Raess'sche Gastwirtschaft, Warnsdorf;
12. Stimmbezirk Gemeinde West-Ratekau: erster Stimmbezirk:
Wahlvorsteher: Beigeordneter Grimm, Techau, Stellvertreter: Arbeiter Rad. Tisdt, Seereg, Wahllokal: Gasthaus Koch, Ratekau;
zweiter Stimmbezirk:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Vos, Ransdorf, Stellvertreter: Arbeiter Johs. Hagelstein, Gr. Zimmendorf, Wahllokal: Gasthaus Wulf, Gr. Zimmendorf;
13. Stimmbezirk Gemeinde Redingsdorf:
Wahlvorsteher: Bauunternehmer Heiner. Lafrenz, Büjendorf, Stellvertreter: Dachdecker Aug. Röve, Röbel, Wahllokal: Gasthaus F. Hausmann, Büjendorf;
14. Stimmbezirk Gemeinde Rensfeld:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Utesch, Rensfeld, Stellvertreter: Beigeordneter A. Grabert, Rensfeld, Wahllokal: Gasthaus Süße, Rensfeld;
15. Stimmbezirk Gemeinde Schwartau:
Wahlvorsteher: Bürgermeister Dr. Kleiniger, Schwartau, Stellvertreter: Schlosser Johs. Keteinohn, Schwartau, Wahllokal: Hotel Germania, Schwartau;
16. Stimmbezirk Gemeinde Südel:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Meyer, Bhl. Gleschendorf, Stellvertreter: Arbeiter Friedr. Westphal, Schwienfuhlen, Wahllokal: Gasthaus W. Oldorp, Bhl. Gleschendorf;
17. Stimmbezirk Gemeinde Stodtdorf: erster Stimmbezirk:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Hlnze, Stodtdorf, Stellvertreter: Arbeiter Heiner. Westphaling, Ravensbusch, Wahllokal: Gastwirtschaft Heinrich Dose, Stodtdorf;
zweiter Stimmbezirk:
Wahlvorsteher: Gärtnermeister Ernst Biernach, Stodtdorf, Stellvertreter: Gärtnermeister Joh. Bull, Ravensbusch, Wahllokal: Gastwirtschaft F. L. Patau in Fadenburg;
18. Stimmbezirk Gemeinde Süjel:
Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher Kröger, Süjel, Stellvertreter: Maurer Joh. Lamprecht, Gronenberg, Wahllokal: Halpaps Gasthaus in Süjel;
19. Stimmbezirk Stadtgemeinde Cuttin: erster Stimmbezirk:
Wahlvorsteher: Bürgermeister Mahlstedt, Cuttin, Stellvertreter: Drochtmann Theod. Dunker, Cuttin, Wahllokal: Rathaus Cuttin;
zweiter Stimmbezirk:
Wahlvorsteher: Rathherr Mante, Cuttin, Stellvertreter: Lagerhalter Paul Hensel, Cuttin, Wahllokal: Turnhalle in der Auguststraße Cuttin.

Die Gemeindevorsteher — Stadtmagistrate — haben spätestens 7 Tage vor den Wahlen eine Bekanntmachung über die Bildung der Stimmbezirke, der ernannten Wahlvorsteher, Stellvertreter usw. in schriftlicher Weise zu erlassen unter Benennung des zu dem Zwecke bereits überlieferten Formulars. Soweit Einsprüche gegen die bereits ausgelegten Wählerlisten erhoben sind, wird ersichtlich davon Kenntnis gegeben, daß durch die im R. G. Bl. vom 20. Dezember d. Js. veröffentlichten Änderungen des Wahlgesetzes u. a. bestimmt ist, daß die Einsprüche gegen die Wählerlisten von der zuständigen Behörde binnen einer Woche zu erledigen sind (nicht mehr, wie jetzt bestimmt war, binnen 14 Tagen).
VI. Die Wahlvorsteher werden angewiesen, die Vorschriften über die Vornahme der Wahl genau zu beachten und vor allem rechtzeitig für die Bereitstellung eines geeigneten Nebenraumes oder eines den Vorschriften entsprechenden Nebenraumes Sorge zu tragen, auch zu veranlassen, daß ein Abdruck des Wahlgesetzes und der Wahlordnung sowie der nach § 28 der Wahlordnung durch den Wahlkommissar für den Wahlkreis zu erlassenden Bekannt-

machung im Wahlraume ausliegen. Zur Erlangung der Bekanntmachung wird sich die Regierung mit dem Wahlkommissar in Verbindung setzen.

Die von den Gemeindevorständen — Stadtmagistraten — zu erlassenden Bekanntmachungen sind mit den entsprechenden Bescheinigungen (über Abhang usw.) zu den Wahlen zu nehmen.

VII. Die Wahlvorsteher haben die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken ungesäumt, jedenfalls aber so zeitig dem Wahlkommissar (Ober-Regierungsrat Dr. Livonius, Schleswig) einzureichen, daß sie spätestens im Laufe des dritten Tages nach dem Wahltag in dessen Hände gelangen.

Die Wahlvorsteher sind nach § 48 Abs. 2 der Wahlordnung für die pünktliche Ausführung dieser Vorschrift verantwortlich. Das von den Wahlvorstehern ausgelegte Porto und etwaige sonstige Kosten des Wahlverfahrens sind aus der Gemeindefasse zu erheben.

Im übrigen verweist die Regierung auf die Bestimmungen der Verordnung und der dazu gehörigen Wahlordnung.
Lübeck, den 30. Dezember 1918.
Dr. Weyer

Warnung.

Beim Landesverorgungsamt ist Klage darüber geführt worden, daß hiesige Pferdebesitzer beim Verkauf von Pferdefleisch die gesetzlich festgelegten Höchstpreise nicht innehalten. Aus dieser Veranlassung werden die Pferdebesitzer ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanwalters über Pferdefleisch vom 13. Dezember 1916 die Preise für Pferdefleisch im Kleinhandel bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen dürfen:

für 1 Pfund Pferdefleisch, Leder, Frischwurst oder Fett	1,80 Mk
für 1 Pfund Mistfleisch, ausgenommen Lendenbratenfleisch ohne Knochen	1,60 "
für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kapselfleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leber	1,40 "
für 1 Pfund Knochen	0,20 "

Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark, oder mit einer dieser Strafen bestraft. Außerdem kann die Erlaubnis zum Betrieb des Gewerbes als Pferdebesitzer und zum Handel mit Pferdefleisch zurückgenommen werden.
Lübeck, den 10. Januar 1919. (7951)

Das Landesverorgungsamt.

Versteigerung

von ca. 150 hölzernen Lagerkästen (Bettstellen) in Rönauer Mühle bei Travemünde am Dienstag, dem 14. Januar, 10 Uhr vorm.
7988
Garnisonverwaltung Lübeck.

Höchstpreise für Kartoffeln.

Das Landesverorgungsamt bestimmt im Einkommen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 14. September 1918 über Höchstpreise für Kartoffeln:

1. Für verlesene Speisekartoffeln beträgt:
1. der Erzeugerhöchstpreis frei Bahnwagen der nächstliegenden Bahnstation oder frei Lager der städtischen Kartoffelstelle Mk. 5.— für den Zentner zuzüglich Mk. 1,25 Aufbewahrungsgeld;
2. der Kleinhandelspreis 12 Pf. für das Pfund und Mk. 11,60 für den Zentner.

Für unversehrte Kartoffeln tritt eine Ermäßigung des Höchstpreises um 30 Pf. für den Zentner ein.

Die Übertretung der Höchstpreise unterliegt den bestehenden Strafbestimmungen.
Lübeck, den 11. Januar 1919. (8000)

Das Landesverorgungsamt.

Bekanntmachung

der Kriegshilfe, Abtl. Kleingartenbau.

Die Abgabe von Dünger an Kleingartenbesitzer

erfolgt ab Donnerstag, den 2. Januar 1919. Wer Dünger zu beziehen wünscht, wende sich an die Kriegshilfe, Abtl. Kleingartenbau, Geschäftszimmer: Stadtgärtnerei, Mühlenkamp 7, in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags zur Eintragung in die Bezugslisten.

Die Entgegennahme der Bezugscheine erfolgt gleichzeitig dortselbst gegen Zahlung von
18.— Mk. für 1 Kubikmeter Stallung
6.— Mk. für 1 Kubikmeter Komposterde
0,30 Mk. für 1 Pfund künstlichen Dünger
0,25 Mk. für 1 Pfund Chloralkali 50 Proz.
0,50 Mk. für 10 Kilo Kalkmehl.

Auf besonderen Antrag können unbemittelte Inhaber von Kleingärten auf Stallung und künstlichen Dünger Preisermäßigung erhalten.

Die Entnahme des Düngers erfolgt in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und von 1—4 Uhr nachmittags, für Kuhdung, Kalkmehl und künstl. Dünger auf dem Lagerplatz an der Fallentstraße, für Komposterde auf dem Kompostplatz nahe der Wipperbrücke.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.
7932) Abtl. Kleingartenbau.

Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für Zugsgegenstände im Monat Dezember d. Js. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Januar d. Js. schriftlich einzureichen oder mündlich anzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.
Lübeck, den 3. Januar 1919. (7947)

Das Umsatzsteueramt.

Gute Schlachtpferde

Die Schlachthofverwaltung.
Lübeck, den 3. Januar 1919. (7968)

Bekanntmachung

Betreffend die Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die Volks- und Bezirksschulen.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1919 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die, welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern dieses Jahres aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind.

Für Kinder, die Ostern dieses Jahres die Schule noch nicht besuchen sollen, muß unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses ein Antrag auf Befreiung bei der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4, gestellt werden.

Eltern, deren Kinder zu Ostern 1919 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule oder in eine Schule des durch Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Gebietes (Tranemünde, Rükens, Schlutau, Moisking, Stems und Jraesford) aufgenommen werden sollen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder im Laufe des Monats Januar bei den Direktoren bzw. Bezirksauslehrern der betreffenden Schule anzumelden.

Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung der Geburtschein vorzulegen.

Lübeck, d. 10. Januar 1919
Die Oberschulbehörde.

Lübecker Badeanstalt.

7999

Eröffnung des elektrischen Lichtbades am 13. Januar.

Das Bad kann benutzt werden für Damen von 9 bis 12 Uhr, für Herren von 2 bis 5 Uhr.

Lübeck, den 11. Jan. 1919.

Die Finanzbehörde.

Abteilung für Häuser u. Mäße.

Ida Rebien geb. Müller
Friedrich Weggen
Verlobte. (7969)
Rensefeld, im Januar 1919.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute sanft unter innigster Liebe das Kind

Margarete, im Alter von 4 Jahren.
Tief betrauert u. schmerzhaft vermisst von den Eltern und allen Verwandten.
Carl Grube u. Frau geb. Jenthe.
Lübeck, d. 10. Jan. 1919.
Gneisenaustr. 11.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, d. 15. Jan., vormittags 10 Uhr 15 Min. in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes statt. (7974)

Unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn

Wilhelm Waldau
Musiker b. Inf.-Regt. 140 in Hohenfels, Inf. des G. Kreuzes 2. Kl. und des Lüb. Hanseaten-Kreuzes im blühenden Alter von 21 Jahren am 5. Jan. bei den Räufeln gegen die Polen nach allen ertragenden Strapazen des Krieges für sein Vaterland gefallen ist. (7933)

In tiefer Trauer
Familie Waldau.
Lübeck, Schwart. Allee 123.

Allen denen, die meiner lieben Frau und unserer guten Mutter die letzte Ehre erwiesen haben, sowie Herrn Pastor Ziesnitz für die tröstlichen Worte, sagen herzlichsten Dank

Carl Bohse
nebst Kinder u. Enkelkind.
Herrenweg, Kolonie 168. (7929)

Schuhmacher
zu sofort gesucht.
K. Schulz, Bäckerstr. 3. (7970)

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filliale Lübeck.

Nachruf.

Am 9. Januar starb unter langjähriges und treues Mitglied, der Kollege

Gottlieb Liebschwager

im 57. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Trauerfeier findet am Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes statt.

Die Kollegen werden gebeten, zur angegebenen Zeit alle zur Feier zu erscheinen. (7978)

Der Vorstand.
Ernst Woller zu seinem morgigen Weigen feste ein dreifaches Hoch. (7957)
Die lustigen Bayern.

Su sofort (7949)
Schmiedelehrling
gesucht für Aufschlag, Wagenbau und Maschinenreparatur.

Ziegelei Buntekuh.

Preiswert zu verlin. eine junge sehr scharfe, machame, treue Wolfshündin. (7954) B. Engel Rükens b. Lübeck, Rensefeld 92

Mehrere junge Legehühner zu verkaufen. (7970) Rensefeld, Lindenstr. 4.

Religiöser Sonntagdienst am Sonntag, 12. Jan. (7959)
Dr. med. Mayer, Wallstr. 40b.
Dr. Siering, Pferdemarkt 15.
Dr. Hofstaatter, Moisk. Allee 16a

Frauenarzt
Dr. med. Brockmann
hält vom 2. Januar an Sprechstunden (7940)
vormittags 9-10 Uhr
nachmittags 4-5 Uhr.

Ab 1. Januar 1919
Sprechstunden
täglich 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr
Sonntags keine.

Dr. med. A. Ott.
Spezialarzt (7939)
für Lungenleiden.

Nervenarzt
Dr. Thoemmes,
Breitestraße 8,
nimmt die Praxis am 17. Jan. (7932)
wieder auf.
Sprechstunden: 9-12 und 3-5 Uhr wochentags.

Im Arbeiterinnenheim
Breite Straße 48, Gartenhaus
finden Arbeiterinnen freundliche Aufnahme. Preis d. Bettes einchl. Kaffee ME. 3.50 wöchentl. (7946)

Holzpanzerei
in allen Größen billig (7992)
H. Oilmann, Eiswegstr. 25a.

Gemüsesamereien
in bester Ware wieder vorrätig
Scheim & Wege Nachf.
Wilh. Vollert.

Kanin, Hüll- und Schiefer-
fragen von 20 ME. an, sowie
Kanin Ruffen, auch für Kinder,
billig zu verkaufen. (7989)
Schulstr. 18, l. 10-4 Uhr.

Wilh. Böttcher,
Schuhmacher,
Dornestraße 13a, 1. Etg.
empfiehlt sich in Maß- und
(7931) Reparaturarbeiten.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
Filliale Lübeck.

Dienstag abend 7 1/2 Uhr
Versammlung
im Gewerkschaftshaus
Tages-Ordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Lübeck.

Vorteilhaft kaufen Sie bei uns:

Herren-Kragen
Steh- u. Umlegeformen, garant. frisch, Ia. Qualität, fast alle Weiten, durchweg 95

Herren-Vorhemden
glatt und mit Falten, Ia. Qualität . 2.45 1.95

Stickerei-Taschentücher
entzück. Ausführung . 3 Stück im Karton 3.95

Kinder-Südweste
in verschiedenen Farben . . . 95 48

Blaue Schirm-Mützen
für Herren 1.95 für Knaben 1.45

Knaben-Sweater schwere Qualität
für 6 bis 10 Jahre durchweg 7.95

Herren-Krawatten
Schleifenform, farbig 75

Am Spitzen-Lager:
Zwirn-Spitzen Meter 25 10

Tüll-Spitzen ca. 8 Zentimeter breit, Meter 25

Stickerei-Hemdenpassen . . . Stück 2.95

Besätze Perlen und Kunstseide, Meter 25 10

Pelzstreifen mit 25% Rabatt.

Ferner: In den gesetzlich hierfür freigegebenen Abteilungen

Wir verkaufen während dieser Zeit unter anderm in den Abteilungen: sämtliche Artikel mit

Papier-Waren
Leder-Waren
Galanterie- und
Luxus-Waren } 25% Kassenrabatt.

Weiter sind große Posten
Haushaltswaren, Glas-, Porzellan- und
Steingut-, Emaille- und Blechwaren,
Stahlwaren, Holzwaren, Bürsten
teils bis über die Hälfte
im Preise herabgesetzt.

Verlangen Sie 7985

Intreihweiß
bestes schäumendes
Wasch- und Bleichmittel.

Zu haben in Drogen- und
Kolonialwaren-Geschäften.

Engros-Vertrieb:
Hans Rensow
Fernsprecher 269.

Wahlen zur Nationalversammlung
am 19. Januar.

Wähler, wählt Wahlvorschlag
Dr. Rudolf Faull.

Kandidaten sind:
Bankdirektor Dr. Rudolf Faull,
Eisenbahnsekretär Basedow,
Fräulein Marie Hiesfeldt,
Erbpächer Bock, Koienthal,
Gutsbesitzer Dr. Simon, Schmachthagen,
Rechtsanwalt Jek, Oredemühlen.

Die Liste ist von der Deutschen Volkspartei und von vielen Mitgliedern der alten nationalliberalen und liberalen Wählervereine empfohlen.

Die Liste wird verbunden mit den Wahlvorschlägen des Mecklenburger Dorfbundes und der Deutschnationalen Volkspartei.

Keine uns gegebene Stimme geht für das Bürgerum verloren.

Wir treten ein für Brüderlichkeit und Versöhnung, für Recht, gute Sitte und Ordnung, für Gesundheit unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens, kämpfen gegen die Politik der Straße, gegen den Staatsbankrott und treten auf das schärfste ein für die Sicherung der Kriegsanleihen. Wir sind für unverrückliche Erhaltung des Staats und der Kirche. Wir kämpfen für den Segen erproblicher Arbeit.

Wahlanschluß der Liste Dr. Rudolf Faull.
Bureau: Schwerin, Hotel Nordischer Hof.
Freunde, sendet Geldbeträge an Wahlkonto Wahlliste 6,
Hypotheken und Wechselbank, Schwerin. (7967)

Lübeds Männer und Frauen

Wir, Eure Mecklenburger Brüder, haben mit sämtlichen bürgerlichen Parteien verhandelt wegen des Zusammenschlusses bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Verhandlungen sind gescheitert an der Unabstimmigkeit der linken Flügel der demokratischen Partei.

Nach einer Reihe längerer Vorverhandlungen fand am letzten Sonnabend mittags im Nordischen Hof zu Schwerin eine Versammlung sämtlicher bürgerlichen Parteien statt, zu welcher auch die Staatsminister Dr. Wendorf und Siskowich eingeladen waren.

Es sollte beraten werden über die Möglichkeit und Art des Zusammengehens sämtlicher bürgerlichen Parteien.

Erschienen waren die Vertreter der Deutschen Volkspartei der Deutschnationalen Volkspartei, des Dorfbundes und Mitglieder der früheren liberalen Wählervereine, die bereits zum Teil der demokratischen Partei beigetreten waren.

Herr Dr. Wendorf und Herr Siskowich waren nicht erschienen, sie haben die Teilnahme an der Sitzung abgelehnt, weil der Landesverband Mecklenburg-Lübeck der Deutschen Demokratischen Partei beigeschlossen habe, bei den kommenden Wahlen seine Listen weder mit den Sozialdemokraten noch mit den Deutschnationalen zu verbinden.

Es ist zu bedauern, daß die Herren der Aussprache auszuweichen sind, aber verständlich, weil gerade sie den Flügel der Unabstimmigkeit gegen alles Bürgerliche außerhalb des Rahmens der Demokratischen Partei vertreten.

In der Versammlung wurde einstimmig die zwingende Notwendigkeit des Zusammengehens aller bürgerlichen anerkannt nicht im Bruderkampfe gegen die Sozialdemokratie, sondern allein um die Möglichkeit zu schaffen, daß Nationalversammlung und Landtag unter gleichen Kräfteverhältnissen mit 50% Sozialdemokraten und 50% Bürgerlichen besetzt wird.

Nur bei gleichen Kräfteverhältnissen aller Teile des Volkes können die gefeggebenden Körperschaften Erprobliches leisten.

Da nun die radikale Richtung der Demokratischen Partei durch die offizielle Verkündung des Bruderkampfes zwischen der Bürgerlichen nach der Überzeugung aller Anwesenden das Bürgerium gefährdet, wurde einstimmig beschlossen, eine Wählerliste zur Nationalversammlung aufzustellen, die die Frauen und Männer jammeln soll, die den Bruderkampf ablehnen und die Verkünder des Bruderkampfes auf das Schärfste bekämpfen.

Die Männer der Wählerliste, beginnend mit Dr. Rudolf Faull, Schwerin, treten ein für Brüderlichkeit und Versöhnung aller Parteigruppen. Sie kämpfen für Gesundheit unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens, kämpfen gegen die Politik der Straße, gegen den Staatsbankrott und treten auf das Schärfste ein für die Sicherung der Kriegsanleihen.

Sämtlich in der Versammlung anwesenden Vertreter der bürgerlichen Parteien billigten dieses Vorgehen. Die Wählerliste Dr. Rudolf Faull wird mit den Listen des Dorfbundes und der Deutschnationalen Volkspartei für die Nationalversammlung verbunden. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei unterstützen die Wählerliste Dr. Rudolf Faull. Sie, die bisher das Ziel der Vereinigung aller Bürgerlichen zu großen Parteien erstrebt haben, wollen bei dem ablehnenden Standpunkt der linksradikalen Demokraten schärfste Propaganda für die Deutsche Volkspartei treiben und für das Verbinden der Wählerlisten der Bürgerlichen mit rechts und links eintreten.

Wähler, mittags 12 Uhr war der Beschluß gefaßt, eine Liste Dr. Faull aufzustellen, abends mußte sie bereits dem Wahlkommissionar vorgelegt werden, da der Termin abließ. Da war es nicht möglich, Lübecker führende liberale Politiker heranzuziehen. Herr Dr. Faull bietet Euch die Gewähr als bester Kenner des deutschen Wirtschaftslebens, daß auch Lübecker Interessen in der Nationalversammlung gewahrt bleiben.

Wenn Euch Gesundheit des deutschen Wirtschaftslebens am Herzen liegt, wählt alle geschlossen die

Wählerliste Dr. Rudolf Faull.

Der Wahlschuh der Liste Dr. Faull.
Der Wahlschuh der Deutschen Volkspartei.

Zweibureau: Schwerin, Hotel Nordischer Hof.
Freunde, sendet Geldbeträge an Meckl. Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin, Konto 53 927 für Wahltagation für Wählerliste 6.

Frisier-Salon, Johannisstr. 3.
Rasieren Haarschneiden

25 60

Gute saubere schnelle Bedienung bei freier Wäsche.
(7941) A. Sebastian.

Patent-Matratzen
en gros und en detail
jedes Maß in kürzester Zeit
liefert Gebrüder Hoffl. (7937)
Lübeck, Untertrave 11/112.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
(7945) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

stets
Zimmerrichtig. vorrätig
Fernsprecher 2734.

Schlafzimmer
in Satin und imit. Giche,
875, 950, 1150, 1650

echt Giche 2500-2950

Rüchgen
von 250 an.

Wohnzimmer
in allen Preislagen.

Vereinigte
Möbelkaufhäuser.
Königsstr. 73 und Alster 47.
Berliner. 631 (7943)

Sauerkohl
Pfd. 20 Pfg. 10 Pfd. 1.80 ME.
empfehle
C. Bannow,
Geversstr. 17. (7965)

Zahn-Praxis (7936)
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, l.

